

Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Beitung

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnementspreis rechnerando 16 M. 50 Pf., mit Botenlohn 18 M.

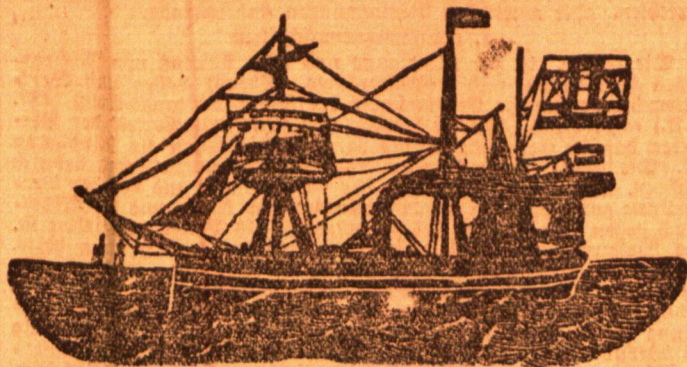
Auswärtige

abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für 17 M. 10 Pf. pro Quartal, bei Zustellung für 18 M.

Sprechstunden der Redaktion: Form. 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend.

Für Aufbewahrung und Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Kaufzettel werden für den Raum einer Kolonne... von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit 1 M. berechnet...
Belag-Gremialare 30 Pf.
Die Expedition ist geöffnet:
An Wochenenden von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,
an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.
Fernsprechnummern: 26 und 28.

Mr. 5

Memel, Freitag, den 7. Januar 1921

73. Jahrgang

Deutschlands Entwaffnung

Die alliierte Ministerkonferenz

Paris, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens zur Erörterung über die Frage der Entwaffnung Deutschlands und die anderen schwebenden Fragen der hohen Politik soll am 19. Januar in Paris stattfinden. Erst nach dieser Beratung werden die Verhandlungen in Brüssel wieder aufgenommen werden. Hauptgegenstand der Beratung wird die deutsche Abrüstung sein. Frankreich wird vorschlagen, daß der deutsche Regierung die Durchführung der Abrüstung in bestimmter Frist zur Pflicht gemacht werde und daß im Falle nachmaligen Versagens auf deutscher Seite unabweislich Strafmaßnahmen in Kraft treten sollen.

Der „Temps“ meldet, daß die zweite Brüsseler Tagung nicht lange dauern und vielleicht die Konferenz von Genf überflüssig machen wird. „Reuter“ bemerkt zu der Nachricht über einen etwas späteren Zusammenritt der Brüsseler Sachverständigenkonferenz, die Verschiebung hänge damit zusammen, daß Lord Bouverton während der ganzen Zeit, in der die Frage der Entwaffnung Deutschlands geprüft werde, in London bleiben müsse. — Wie die „Agence Havas“ mitteilt, erfolgt die Verschiebung des Wiederzusammentritts der Sachverständigenkonferenz am 17. oder 20. Januar wieder aufgenommen wird, auf Veranlassung der französischen Delegation, die den Wunsch ausdrückte, nicht in der durch die bevorstehende Tagung des Obersten Rates geschaffenen Atmosphäre zu beraten.

Das Programm der Konferenz

Paris, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Der Londoner Korrespondent des „Matin“ erzählt, daß auf der alliierten Ministerkonferenz am 19. Januar folgende sechs Punkte behandelt werden sollen: 1. Zerstörung und Verminderung der Rüstungen Deutschlands, 2. Frage der Reichswehr, 3. Frage der Sicherheits- und Disziplinärmaßnahmen, 4. Frage der Einwohnerversicherung und anderer freiwilliger Organisationen, 5. Beschränkung der Armierung der deutschen Kriegsschiffe, 6. Auslieferung der Geheimnisse bezüglich der Erzeugung von Explosivstoffen und giftigen Gasen. Im allgemeinen stimmt man in London und Paris in der Entwaffnungsfrage vollkommen überein. In der Frage der Einwohnerversicherung bekundeten Meinungsverschiedenheiten. England ist nach dem Bericht des „Matin“ der Ansicht, daß Europa im nächsten Frühjahr durch den Bolschewismus bedroht sein würde, daher müsse Deutschland in der Lage sein, den politischen Risiken zu widerstehen, die im nächsten Frühjahr zu erwarten seien. Man sollte wenigstens für die Einwohnerversicherung in Preußen und Bayern eine Frist von neun Monaten festsetzen, und zwar in je drei Perioden zu drei Monaten, so daß alle gesamten Freiwilligenverbände in Deutschland Ende 1921 aufgelöst werden.

Der englische internationale Kreditplan

London, 6. Januar. (Tel.) „Daily Mail“ teilt mit, der Entwurf von der englischen Regierung in Erwägung gezogener Kreditplan bezwecke die Einrichtung eines Austausch- oder Kreditsystems zwischen den Banken und Versicherungsgesellschaften. Die Regierung werde 18 Millionen Pfund zur Verfügung stellen. Wenn der Plan erfolgreich sein werde, rechne man damit, daß der Betrag des Kapitals sich auf 100 Millionen Pfund erhöhen würde.

Die englische Ansicht über die deutsche Entwaffnung

Paris, 5. Januar. (Tel.) Der Londoner Berichterstatter des „Temps“ berichtet, daß die in der letzten Note ausgedrückten Gedanken tatsächlich die Meinung der politischen und militärischen Kreise Englands ausdrücken. Das englische Ministerium sei der Ansicht, man müsse sich hüten, die deutsche Regierung zu schwächen, die zwischen der doppelten Gefahr einer militärischen und bolschewistischen Revolution hin und her schwand. Man halte in London die erste Gefahr für weniger groß als die letzte und glaube auch, daß es gefährlich sei, die Kräfte der jungen deutschen Republik zu untergraben und daß im eigenen Interesse der Alliierten liege, daß Deutschland allmählich stark bleibe, um sich im Innern und nach außen gegen den Bolschewismus zu verteidigen. Die englische Regierung neige einer klaren Lösung zu, die darin bestehe, eine Verminderung der deutschen Bürgerwehren zu verlangen, aber nicht ihre Auflösung.

Eindrücke Mr. Cormicks

Berlin, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Die sozialdemokratische „Deutsche Zeitung“ wiederholt mit der größten Bestimmtheit die Behauptung, daß die Bergarbeiter entschlossen seien, Bayern im Falle der Entwaffnung der Einwohnerwehr durch Verweigerung aller Kohlenzufuhren zu zwingen. Die Bergarbeiter hätten das auch in ihrer Unterredung mit dem Reichsminister des Innern erklärt.

Deutschland protektiert gegen das Abkürzungsreglement

Berlin, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Die deutsche Regierung wird, wie die „Dtsch. Allgem. Ztg.“ hört, gegen das Abkürzungsreglement für Obereschlesien, sowohl beim Vorliegenden der internationalen Kommission General Perond, als auch bei der Vorkonferenz Einspruch erheben.

Einigung in der deutschen Eisenbahnerfrage

Berlin, 6. Januar. (Tel.) Am 5. Januar wurde zwischen dem Reichsverkehrsminister und den Vertretern des Reichsverkehrsbundes über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter verhandelt. Es kam eine Einigung auf folgender Grundlage zustande: Für die Beamten soll mit Wirkung vom 1. Januar der Gehaltszuschlag zum Grundgehalt und der Disziplinzuschlag von 50 auf 70 Prozent in Disziplinklasse A, auf 65 Prozent in Disziplinklasse B, auf 60 Prozent in Disziplinklasse C und auf je 55 Prozent in den Disziplinklassen D und E erhöht werden. Für die Arbeiter soll vom gleichen Zeitpunkt der Stundenlohn in Disziplinklasse A um 0,50 M., in Disziplinklasse B um 0,40 M., in Disziplinklasse C um 0,30 M., in Disziplinklasse D um 0,20 M. und in Disziplinklasse E um 0,10 M. erhöht werden. Der Vorsitzende der Verhandlung Staatssekretär Stieler erklärte sich bereit, diesen Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister zur Vertretung in der Reichsregierung zu empfehlen.

Rücktritt der österreichischen Regierung?

Wien, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Die innerpolitischen Schwierigkeiten der österreichischen Regierung sind in rascher Zunahme und die Aussichten, ihrer Herr zu werden, sind so gering, daß der Rücktritt der Regierung fast unvermeidlich erscheint. Die Regierung ist sich ihrer Lage bewußt und hat die österreichische Sektion der Wiedergutmachungskommission auf die bedrohliche Lage aufmerksam gemacht. Diese hat der Regierung geantwortet, daß sie die herrschenden mitleidigen Verhältnisse voll würdige und Österreich gerne vor unliebsamen Ereignissen bewahren würde, aber ziemlich machtlos sei.

Russische Angriffsabsichten?

Warschau, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Die „Nationalzeitung“ meldet: Das Pariser „Journal“ berichtet aus Bukarest: In den besetzten Grenzgebieten würde der Zustand drohender Kriegsgefahr proklamiert. Der Eisenbahnverkehr wurde teilweise eingestellt, da erhebliche Truppenmassen nach dem Grenzgebiet transportiert werden. Der rumänische Generalstab stellte auf neue fest, daß umfangreiche russische Konzentrationen gegen die rumänische Grenze erfolgen.

Koppenhagen, 6. Januar. (Priv.-Tel.) „Dagens Nyheter“ meldet aus Warschau: Flüchtlinge, die vom anderen Ufer des Brucy kommen, berichten, daß die Bolschewisten 30 Kilometer von der Grenze entfernt Schützengraben ausheben und Drahtverhänge errichten. In der Gegend von Dunajowice brach unter den Bauern ein Aufruhr aus, weil die Bolschewisten ihre Pferde requirierten und die Bauern zu Zwangsarbeiten heranzogen. Der Aufruhr wurde blutig unterdrückt, 700 Bauern nach Kiew abgeführt. Die Sowjetregierung hat über Podoien und das Grenzgebiet den Belagerungszustand verhängt.

Die polnisch-russischen Friedensverhandlungen

Warschau, 6. Januar. (Tel.) Im Gegensatz zu anderweitigen pessimistischen Gerüchten herrscht hier der Eindruck vor, daß die in Białystok fortgeführten Friedensverhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland in kurzer Frist zum Abschluß gelangen werden und der Friede etwa in der zweiten Januarhälfte geschlossen werden könne.

Das Demissionsgesuch des Vizepräsidenten des Ministerrates Dazinskiy wurde angenommen.

London, 6. Januar. (Tel.) Die „Times“ schreiben anlässlich des Besuchs des Marschalls Pilsudski in Paris, der Marschall sei nicht eingeladen, nach England zu kommen; es sei wenig wahrscheinlich, daß eine solche Einladung erfolgen werde.

Memoren Scheidemanns

Berlin, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Der Abgeordnete Scheidemann kündigt das Erscheinen eines Memoirenwerkes mit dem Titel „Der Zusammenbruch“ an. Es soll im Januar erscheinen. Als Propaganda sind im „Vorwärts“ Besprechungen und Gespräche mit Beihmann-Hollweg abgedruckt.

Für eilige Leser

In der Frage der Gehalts- und Lohnforderungen der deutschen Eisenbahner ist eine Einigung erzielt worden. England schlägt den 19. Januar für die internationalisierte Ministerpräsidentenkonferenz vor. Das Programm der alliierten Ministerkonferenz betrifft hauptsächlich Deutschlands Entwaffnung. Die Lage Österreichs ist so trostlos, daß der Rücktritt der Regierung fast unvermeidlich erscheint. Die russisch-polnischen Friedensverhandlungen sollen vor dem Abschluß stehen. Eine amtliche russische Rundgebung beschäftigt sich mit der zeitweiligen Demobilisation der roten Armee.

Brüssel zweiter Teil

(Von unserem Berliner Mitarbeiter)

Am Mittwoch, den 19. Januar soll, wenn nicht noch in letzter Stunde eine Verschiebung eintritt, die Sachverständigenkonferenz in Brüssel ihren Fortgang nehmen. Die neuesten Nachrichten aus Paris, wonach wieder eine Sonderkonferenz der Alliierten einberufen werden soll, erwecken fast den Eindruck, als ob man unter Umständen mit einer Verschiebung von Brüssel rechnen könnte. Unterdessen haben die Alliierten ein förmliches Notenbombardement auf die deutsche Regierung eröffnet, das unverkennbar eine „Brüsseler Spitze“ hat.

Als Verhandlungsgegenstände für den zweiten Teil der Brüsseler Tagung sind nach den bisherigen Festsetzungen folgende in Aussicht genommen: Deutschlands Staatshaushalt, Sachleistungen, Darlehen und die deutschen Vorschläge in Bezug auf die Regelung der Wiedergutmachung. Ferner hat der französische Delegierte Chevillon „Generalvollmacht zur Prüfung aller Fragen, die sonst noch im Zusammenhang mit den offiziellen Verhandlungsgegenständen sich ergeben.“ Es ist sehr bemerkenswert und zeigt den ganzen Ernst der Lage, daß der genannte französische Delegierte den Antrag gestellt hat, den deutschen Reichshaushalt auf die Möglichkeit von Abstrichen zu prüfen. Das steht fast so aus wie die Einleitung einer Finanzkontrolle über Deutschland.

Auf die eine oder andere Form der offenen oder wenigstens verschleierte Finanzkontrolle kommen in letzter Linie auch die beiden Vorschläge hinaus, welche von französischer und englischer Seite für die Regelung der Wiedergutmachung vorgelegt worden sind. Ganz besonders gilt dies für den englischen Plan, der andererseits dem französischen gegenüber den Vorzug aufweist, daß er eine Begrenzung der Leistungen vorsieht. Frankreich will danach zwar nicht grundsätzlich auf deutsche Barzahlungen verzichten, stellt aber in den Vordergrund die Warenlieferungen und zwar soll zunächst die Art der Leistungen festgelegt werden, bevor sie in bestimmte Geldwerte umgefest wird.

Nach dem englischen Vorschlag soll zunächst die Summe festgelegt und in Goldmark festgelegt werden, die Deutschland an die Gesamtheit der Alliierten zu zahlen hat. Als Bürgschaft für diese Schuld sollen die gesamten Aktivbestände des deutschen Reiches gelten. Zurzeit sucht man nach einem Kompromiß zwischen dem französischen und dem englischen Vorschlag, demzufolge die Alliierten bald an den Reparationen in natura, bald an denen in Geld oder an beiden gleichzeitig teilnehmen sollen. Im Anschluß hieran wird erzwungen, die Ausfuhr Deutschlands so zu begünstigen, daß die Erholung seiner wirtschaftlichen Lage und damit seiner Valuta erleichtert wird.

Dieser ist zu bemerken, daß eine Verständigung mit den Alliierten nur möglich sein kann, wenn nicht nur, wie es der englische Vorschlag will, eine Gesamtschuld der Leistungen festgelegt wird, sondern wenn diese Beträge sich in den Grenzen des Erreichbaren halten. Die Meldung aus London, wonach Deutschland in einem Zeitraum von 42 Jahren eine Gesamtsumme von 265 Milliarden Goldmark zahlen soll, läßt auf eine vollkommene Verneinung der deutschen Leistungsfähigkeit schließen. Die deutschen Delegierten werden in Brüssel an der Hand der dort bereits überreichten finanziellen und wirtschaftlichen Denkschriften dartun, daß der Deutsche eben nicht alles bezahlen kann und daß er überhaupt nur zahlen kann, wenn er nicht weiter zahlungsunfähig gemacht wird. Wie das beispielsweise schon durch die erdrückenden laufenden Kosten, vor allem die der alliierten Besatzungen geschieht. Weiter wird wohl auch darauf hingewiesen werden, obwohl das bisher nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist, in welchem engen Zusammenhang der Ausfall der Abkürzung in Oberschlesien mit der Wiedergutmachungsfrage steht. Die Entscheidung des Vorkonferenzrates über die geforderte Abkürzung der Reichsobereschlesien und das den polnischen Wünschen fast durchweg Rechnung tragende Abkürzungsreglement erwecken ganz den Eindruck, als ob die Alliierten noch immer nicht begriffen haben, daß von einem Oberschlesien beraubten Deutschland weder Kohlen noch sonst etwas zu holen wäre. Nur ein Deutschland, das über Kohle und Rohstoffe verfügt, kann produzieren und nur von einem Deutschland, das produziert, können die Alliierten Abfindungen fordern und erwarten, wenn auch freilich nicht im Ausmaß jener phantastischen Ziffern, die bereits genannt wurden.

Harding über die deutsche Wiedergutmachungssumme

Frankfurt a. M., 6. Januar. (Priv.-Tel.) Der amerikanische Präsident Harding hat sich, einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ zufolge, gegenüber einem Vertreter des „Matin“ über die Grundzüge der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten ausgesprochen. Er bemerkte u. a.: Die ganze Welt leide darunter, daß die Schuldensumme, die Deutschland in gerechter Vergütung an seine ehemaligen Feinde zu zahlen habe, immer noch nicht festgesetzt sei. Die Welt wolle aber diese Schuldensumme kennen und auch wissen, innerhalb welcher Zeit Deutschland sie abtragen könne. Erst dann könne die Maschine der Weltwirtschaft wieder in Gang kommen und die Völker der Welt würden von Amerika, das vollgestopft sei mit Rohstoffen, Baumwolle, Kohle, Kupfer und Fertigfabrikaten, wieder leben können. Es gebe keinen anderen Weg, um aus den Schwierigkeiten der jetzigen Weltwirtschaft herauszukommen, als eine offene und ehrliche Politik gegenüber Deutschland und ein Maßhalten in der Festsetzung der Schuldensumme.

Eine Akademie der Arbeit

Berlin, 6. Januar. (Tel.) Wie die „Voll. St.“ aus Frankfurt meldet, sind die Vorarbeiten für die Gründung einer Akademie der Arbeit abgeschlossen. Die endgültige Beschlusfassung über ihren Aufbau und ihre Finanzen soll am 8. Januar erfolgen. Sämtliche Gewerkschaftsrichtungen haben sich grundsätzlich für den Plan der Gründung einer Akademie der Arbeit ausgesprochen und sind bereit, finanzielle Opfer für das Studium von Arbeiterstudien in der Akademie zu bringen.

Die Wahlen in Ostpreußen

Die demokratische Kandidatenliste

Sum Nichtwählerkandidaten Ernst Siehr, des ostpreussischen Oberpräsidenten, schreibt Parteisekretär Stark in der „Darl. St.“ u. a.:

Die Kandidatenkommission, der Provinzialvorstand, die Delegiertenversammlung und der Parteitag — die Bauernbundführer, Dr. Böhmke und Sachbarth noch insbesondere — haben sich redlich bemüht, Ernst Siehr für die Spitzenkandidatur für den Reichstag zu gewinnen. Seine Kandidaturablehnung war jedoch eine endgültige. Wenn Ernst Siehr ein Amt übernimmt, legt er auch seine ganze Kraft für dieses Amt ein. In dem Augenblick, als Siehr von den Reichsparteien nach dreitägigen zähen Verhandlungen fast mit Gewalt in den Oberpräsidentenstuhl gezwängt wurde, da wußte ich, daß die demokratische Partei ihn damit „in den Urlaub geschickt“ hatte, daß er sich von dieser Stunde an fast nur noch als unparteiischer Oberpräsident fühlen werde, daß die Partei nur noch in den wichtigsten politischen Fragen auf seinen so oft bewährten Rat zu rechnen haben werde. Wenn Ernst Siehr damals nicht sofort das Mandat für den Reichstag niederlegte, so geschah es einzig und allein aus dem Grunde, weil gerade in dieser Zeit im Reichstage die wichtigsten ostpreussischen Lebensfragen zur Beratung und Entscheidung standen (Grenzsicherung, Korridorverlehn, Flüchtlingsschwele, Sprachtatsachen, Hafen- und Kanalbauten, Oberregulierungsprojekt, Ostpreußen usw.), die Siehrs Anwesenheit in Berlin dringend forderten. Im Hinblick auf sein verantwortungsvolles Amt und auf die in Aussicht stehende Erweiterung der Selbstverwaltung der Provinzen und besonders Ostpreußens, verbot Siehr die Reichstreue, die vielleicht seine aussergewöhnliche Charaktereigenschaft ist, von neuem ein Mandat für den Reichstag anzunehmen. Den Dank seitens der demokratischen Partei noch besonders in Worte zu fassen, ist unnötig und entspricht ganz und gar nicht dem Wesen und Verlangen Ernst Siehrs! Der letzte Parteitag in Königsberg hat Ernst Siehr noch wieder gesagt, daß die Deutsche demokratische Partei geschlossen hinter ihm steht, daß sie ihm unbegrenztes Vertrauen schenkt, daß sie ihm freudig und gern Gefolgschaft leistet. Diese Gewißheit ist für unsern Ernst Siehr der beste Dank. Wir trennen uns aber schon heute darauf, daß der einst die Stunde schlagen wird, in der sich unser Siehr wieder bei uns „vom Urlaub zurück“ melden und seine ganze Kraft wieder der Partei zur Verfügung stellen kann.

Auf den demokratischen Listen fehlen diesmal ferner Richard Wagner-Tapiau, Frz. Dr. Heine und Abg. Rebahn. Bürgermeister Wagner hatte sich entschlossen, von der Kandidatur abzusehen. Frz. Dr. Heine und Abg. Rebahn werden voraussichtlich in anderen Wahlkreisen kandidieren. Dem landwirtschaftlichen Charakter Ostpreußens entsprechend, werden die beiden Listen eröffnet durch den ostpreussischen Vorsitzenden des Deutschen Bauernbundes, Bauernhofbesitzer Sachbarth, und ein weiteres Mitglied des Deutschen Bauernbundes, den früheren Gutbesitzer Hugo Wendorf, Staatsminister a. D. Letzterer hat seit dem 1. Januar seinen Wohnsitz nach Ragnit verlegt, um sich der ostpreussischen Interessen besser anschauen zu können, als dies von seiner pommerischen Heimat aus hätte geschehen können. Von Kandidaten, die durch Geburt oder längeres Sterbewesen mit dem Memelland verbunden sind, finden wir Frau Bräuner und Lehrer Ventler, jetzt in Reuhausen-Neugarten bei Königsberg an sehr aussichtsreicher Stelle, Frau Bräuner an zweiter Stelle der Reichsliste, Herr Ventler an dritter Stelle der Landesliste.

Versammlungen in Königsberg

In Königsberg wurde am Montag der Wahlkampf durch eine Versammlung der Deutschen Volkspartei in der Hölse eröffnet. Am Dienstag hielten die Mehrheitssozialisten dort eine Versammlung ab, unter deren Besuchern die Kommunisten in der Mehrheit waren.

Der preussische Ministerpräsident Braun trug sachlich und gemäßigt sein Wahlprogramm vor, das nichts Sonderliches Neues bot. Der Kampftisch habe geteilt, welche Gefahren die Republik noch drohen. Die milde Behandlung der Kapitulanten sei nachteilig nicht geeignet gewesen, abschreckend zu wirken. Der Unabhängigen sprach er die Erlaubnisberechtigung ab und die Deutsche Volkspartei habe ersehen müssen, daß kritischer leichter als reuener ist. Die Reichsversammlung müsse auf das Unhaltbare der verschiedenen Regierungslokalitäten in Preußen und im Reich hin. Die Verteilung solcher Regierungslokalitäten sei allerdings für ein reibungsloses Zusammenarbeiten erwünscht. Aber nicht Preußen dürfe das Steuer nach rechts wenden, sondern im Reich müsse es etwas mehr nach links gedreht werden, damit auch dort ohne deutshationalen Krüden, die nur für reaktionäre Gegenstände gelten werden, eine tragfähige, fest auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehende parlamentarische Mehrheit neugebildet werden kann. — Als zweiter Redner kam Heydemann zu Wort. Der Gelegenheitsredner, ziemlich ausführlich seinen kommunistischen Standpunkt darlegend, „Das Barometer steht auf Sturm“, war der Tenor seiner Rede. So ernstlich seine Verurteilung klang, seine Parteigenossen hätten beschlossen, in den Versammlungen, in denen ihnen Redefreiheit gewährt würde, über die Reichsversammlung auch zu reden, wobei er an die „eiserne Disziplin“ erinnerte, so enttäuscht wurden bald darauf alle diejenigen, die geneigt waren, seinen Worten Glauben zu schenken. Denn die „eiserne Disziplin“ verhinderte nicht, daß fortwährend Unruhe entstand, die gegnerische Redner nur schwer verständlich machte, daß die Mehrheitsredner schließlich niedergeschrien ja, ihnen mit Gewalt das Podium unter den Füßen weggezogen wurde. Schließlich sah sich der Versammlungsleiter Stamer gezwungen, die Versammlung gegen 10 Uhr für geschlossen zu erklären.

Nach dem Mehrheitssozialisten Synack, der die Zwangsverfassung bis auf den letzten Haken forderte, gab der Vorsitzende der S. D. Königsberg Seemann auf Heydemanns Fragen folgende Erklärungen ab: Wenn die Reaktion es noch einmal wagen sollte, einen Schlag gegen die Demokratie und Republik zu führen, so würde die S. D. Schulter an Schulter mit den Kommunisten stehen (Zuruf: Vielfacher Abkommen). Was die Wackfrage des Proletariats anlangt, so rate er dringend, am Grundbaß der Demokratie festzuhalten. Er verlangte von den Kommunisten die Erklärung, was sie unter „Diktatur des Proletariats“ verstanden. Nach dem erzwungenen Schluß der Mehrheits-Sozialisten-Versammlung etablierte sich eine neue kommunistische Volksversammlung, in der zunächst der Schriftleiter der „Roten Fahne des Ostens“, sodann von der kommunistischen Arbeiterpartei Franz und schließlich Heydemann nochmals sprachen. Nicht uninteressant war, daß auch der kommunistische Kaiser sich zum Wort gemeldet hatte und versuchte, zu Wort zu kommen. Es wurde ihm indes vom neuen Versammlungsleiter nicht erteilt, weil wie die er und Heydemann betonte, die Parteileitung der Verein. Kommunistischen Partei Kaiser das Recht abgesprochen hätte, in gegnerischen Versammlungen zu reden; in einer Mitgliederversammlung dürfte er allerdings sprechen. (Zuruf: Das ist Diktatur der Führerschaft, nicht Diktatur des Proletariats!).

Als Kandidaten des Senrums

wurden von der Provinzial-Delegiertenversammlung in Worms

am 2. Reichstag: 1. Verbandsekretär Dr. Fleischer, Berlin, 2. Mühlenbesitzer Singl-Knutzmühle, 3. Eisenbahnbeamter Lettau-Königsberg, 4. Bäckermeister Krämer-Marien- burg, 5. Studentat Barbel-Braunsberg, 6. Frz. Wittich, Königsberg, 7. Vorsitzender der christl. Gewerkschaften Dargel-Elbing.

Für die preussische Landesversammlung: 1. Landesökonomierat Gram-Wormsdorf, 2. Pingel, Propp, Marienburg, 3. Raczek, Provinzialamtsrat, Allenstein, 4. Lillenthal, Guts- besitzer, Engelwalde, 5. Welfe, Kaufm., Königsberg, 6. Rom- mitsch, Tischler, Kößel, 7. Lünke, Frz.-Hilf., Elbing, 8. Stefan, Bild., Allenstein.

Anordnung zum Schutze der Mieter und gegen Wohnungsmangel

Vom Städtischen Wohnungsamt wird uns geschrieben: Der Magistrat hat auf Grund der kirchlich erlassenen Verordnungen der Besatzungsbehörde mit Genehmigung des Landesdirektors für den Stadtkreis Memel eine Anordnung erlassen. Durch diese werden alle auf Grund der bisherigen deutschen Verordnungen für die Stadt Memel bestehenden Mietverträge und Wohnungsverordnungen außer Kraft gesetzt und einheitlich neu geregelt. Die neue Verordnung, die in der heutigen Nummer des „Memeler Dampfboot“ veröffentlicht wird, bringt erhebliche Verschärfungen und ist allen Beteiligten zur Beachtung dringend zu empfehlen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

1. Kündigungsvorschriften

Wie bisher, ist zur Kündigung und zum Abschluß von Mietverträgen über Wohn- und Geschäftsräume, Büros, Läden und Werkstätten die vorgängige Genehmigung des Miets-Einigungsamts (M. E. A.) erforderlich. Neu ist hierbei, und zwar zum Vorteil der Vermieter, daß die Genehmigung des M. E. A. gleichzeitig als Kündigung gilt. Die Mieter haben dagegen einen weitgehenden Schutz dadurch erfahren, daß vor der Erteilung der Genehmigung und vor der Beurteilung zur Räumung das Wohnungsamt zu hören, und bei Widerspruch gegen den Antrag des Vermieters als Partei anzuziehen ist. Das Wohnungsamt wird dabei der Genehmigungserteilung bezw. Räumungsverurteilung in allen Fällen widersprechen, in denen für den Mieter eine andere Wohnung nicht vorhanden ist. Besonders wichtig ist auch die Bestimmung, daß selbst bei einer Räumungsverurteilung die Vollziehung des Räumungsurteils nur mit Zustimmung des Wohnungsamts zulässig ist. Durch diese Bestimmungen dürfen die Mieter in weitgehendem Maße in ihrem Wohnrecht geschützt sein.

2. Bewirtschaftung freierwerdender Wohnungen durch das Wohnungsamt. Dieser Abschnitt bringt gegenüber den bisherigen Bestimmungen in klarer Weise zum Ausdruck, daß alle Wohnungen und Wohnräume, unmiethbar und miethbar, auch solche, welche neu zur Vermietung gestellt werden, ausschließlich der Verfügung des Wohnungsamts unterliegen. Dieses Verfügungsrecht erstreckt sich insbesondere auch auf die Wohnungen, welche der Hauseigentümer in eigener Hand inne hat. Beim Verkauf des Grundstücks hat der neue Eigentümer nicht, wie bisher, noch vielfach angenommen wurde, das Recht, die vom früheren Eigentümer verlassene Wohnung zu beziehen, sondern er bedarf gleichfalls der Zustimmung der Wohnung durch das Wohnungsamt, welches ihn im allgemeinen, wenn nicht besonders Gründe vorliegen, auch nur wie jeden anderen Wohnungsinhabenden behandeln kann. Es wird also durch den Kauf eines Grundstücks kein besonderes Vorrecht erworben.

3. Inanspruchnahme beheizter Wohnungen

Bisher konnten überaus viele Wohnungen nur geteilt werden, wenn die abgetrennten Räume in unveränderter Gestalt zur Unterbringung von Wohnungsinhabenden verwendbar waren. Bei der Bauart der meisten großen Wohnungen war aber ohne bauliche Veränderungen mit der abgetrennten Räumung nichts anzufangen, infolgedessen fanden die beheizten Wohnungen nur auf dem Parier. Nunmehr ist die Fortnahme von überflüssigen Räumen auch zulässig, wenn bauliche Veränderungen, allerdings nicht erheblicher Art, nötig sind und sie als räumlich und wirtschaftliche selbständige Wohnungen abgetrennt werden können, insbesondere, wenn die Herstellung einer besonderen Küche möglich ist. Ausgeschlossen ist die Teilung von Wohnungen, wenn diese nur durch die großen baulichen Veränderungen möglich werden würde.

4. Inanspruchnahme von Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder sonstigen Geschäftsräumen

Solche Räume können, wie bisher schon, zur Herrichtung von Wohnungen beansprucht werden. Weitergehend ist hierbei die Bestimmung, daß solche, jetzt gewerblichen Zwecken dienende Räume, welche 1) bis zum 1. 7. 14 als Wohnräume benutzt, oder hierfür bestimmt waren, oder 2) aus nach dem 1. 7. 14 hergestellten Wohnräumen zu gewerblichen Räumen umgewandelt sind, ohne Entschädigung wieder Wohnzwecken zugewidmet werden können. Das Wohnungsamt erhält hierdurch die Handhabe, die hier äußerst zahlreich an Front- und sonstigen Geschäftsräumen umgewandelten Wohnräume wieder ihrem ursprünglichen Zweck dienlich zu machen. Die Inhaber solcher Räume werden darauf bedacht sein müssen, sich für ihre Geschäftszwecke baldmöglichst in anderer Weise einzurichten. Bei der Durchführung dieser sehr einschneidenden Bestimmungen wird natürlich auf die berechtigten Interessen des hiesigen Handels, als des Lebensnervens der Stadt, soweit empfindlich, Rücksicht genommen werden. Der bevorstehende Büroausbau dürfte aber vielen Geschäftlichen die Möglichkeit bieten, sich hierdurch andere Büroräume zu verschaffen.

5. Anzeigepflicht für unbewohnte Räume

Wie bisher, so ist auch weiterhin dem Wohnungsamt unverzüglich Anzeige zu machen, sobald eine Wohnung oder gewerbliche Räume aller Art unbewohnt sind. Als unbewohnt gelten auch solche Räume, die nur mit Sofas besetzt sind, oder wenn der Inhaber noch eine andere Wohnung hat.

6. Zuweisung von Mietern

Diese erfolgt in bisheriger Weise durch das Wohnungsamt. Neu ist die Verpflichtung des Vermieters, binnen einer Woche einen Mietvertrag abzuschließen.

7. Festschluß von Mietverträgen durch das Miets-Einigungsamt

Kommt ein Mietvertrag nicht zustande, so wird ein solcher vom Miets-Einigungsamt festgesetzt.

8. Anzeige der Mietverträge und deren Beendigung

Dies ist eine sehr wichtige Veränderung insofern vorgenommen, als nun auch jede Erhöhung eines Mietzinses anzuzeigen ist. Es soll hierdurch der Möglichkeit vorgebeugt werden, daß nach dem Abschluß und der Anzeige eines Mietvertrages Veränderungen in der Miete vorgenommen werden, die sich der Mieter unter dem Druck der Verhältnisse nicht wehren kann. Das Wohnungsamt hat das Recht, binnen einer Woche nach der Anzeige den Mietvertrag zu beanstanden. Bestimmungen über Miethöchstgrenzen sind in der neuen Verordnung nicht enthalten. Es ist, wie bisher, gefast, daß der Mietzins nach Art und Ausstattung der Räume und unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse abgemessen sein soll. Nach dieser Richtung hin wird das M. E. A. demnächst neue Richtlinien festsetzen, die allerdings nur einen allgemeinen Anhalt bieten sollen, ohne zwingende Bindung für den einzelnen Fall.

9. Veränderungsverbote

Diese verbieten, daß ohne Zustimmung des Wohnungsamts der Aufbau von Gebäuden oder Gebäudeteilen, die Verwendung von Wohnräumen zu andern, insbesondere gewerblichen Zwecken, und die Veränderung mehrerer Wohnungen zu einer vorgenommen wird. Auf letzteres Verbot muß hierbei besonders aufmerksam gemacht werden. In den letzten Monaten ist in außerordentlich vielen Fällen, meistens dann, wenn neben einer kleinen Wohnung des Hauseigentümers eine andere kleine Wohnung frei wurde, der Mietvertrag gekündigt, die Wohnung an der des Hauseigentümers hinzunehmen zu lassen. Gemäß muß angegeben werden, daß die Vermehrung und das Heranziehen der Kinder in manchen Fällen eine größere Wohnung notwendig macht, jedoch kann sich das Wohnungsamt trotzdem nur in ganz dringenden Fällen, wo ein anderer Ausweg nicht möglich ist, entschließen, einer Familie die Benutzung mehrerer Wohnungen zu gestatten. Durch jede Wohnung, die auf solche Weise eingewohnt wird die Unterbringung einer anderen Familie unmöglich gemacht. Das Wohnungsamt bittet daher, Zulassungsanträge nur in solchen Fällen zu stellen, in denen auf eine andere Art dem Wohnbedürfnis in der Familie absolut nicht genügt werden kann.

10. Allgemeine Bestimmungen

In diesen ist dem Wohnungsamt das Verfügungsrecht eingeräumt, und den Verfügungsberechtigten über Wohn- u. Räume die Auskunftspflicht auferlegt. Ferner ist das Beschwerdeverfahren geregelt und zwar dahingehend, daß binnen drei Tagen entweder die Beschwerde an das Landesdirektorium oder die Anrufung des M. E. A. erfolgen muß. Die Durchführung der Verfügungen erfolgt im Wege unmittelbaren Zwanges.

11. Besondere Vorschriften

Speicher, Lagerplätze und in öffentlichen Gebäuden eingerichtete Verkaufsstände (z. B. die in der Markthalle) fallen nicht unter die Verordnung. Neu hergestellte Wohn- und Geschäftsräume, Büros, Läden und Werkstätten unterliegen weder der öffentlichen Bewirtschaftung noch den

sonstigen Bestimmungen der Verordnung. Es soll durch ein größerer Anreiz auf die Bauwirtschaft ausgeübt werden. Wohnungen ist jedoch bei den hiesigen Verhältnissen die Entschärfung notwendig geworden, daß sie nur von solchen Personen bezogen werden dürfen, welche mindestens ein Jahr in Memel wohnen. Es sei hierzu, was die Miete für neue Wohnungen u. dgl. belangt, darauf hingewiesen, daß auch bereits unter der Herrschaft alten Rechts für diese Mietpreis-Beschränkungen nicht bestanden. Die preussische Wohnungsgesetzgebung vom 9. 12. 19, die hier zur Durchführung gekommen ist, bestimmt ausdrücklich: „Für Bauten, die nach dem 1. 1. 17 fertiggestellt sind, gilt diese Verordnung nicht.“

12. Strafen und sonstige Nachteile

Es können Strafen bis 10000 Mark (bisher 1000 Mk.) verhängt werden und zwar auch gegen Personen, welche eine Wohnung in Verletzung des Wohnungsamts beziehen. Mietverträge, welche in Verletzung der Vorschriften zustande gekommen sind, sind rechtswidrig.

Das Wohnungsamt hofft, mit dieser Verordnung eine Verbesserung in den Wohnungsverhältnissen erreichen zu können. Die Bestimmungen sind vielfach recht hart; ihr Erlaß war jedoch bei der trübseligen Lage des hiesigen Wohnungsmarktes nicht zu umgehen. Bei verständigem Entgegenkommen der beteiligten Kreise wird jedoch die Durchführung ohne zu große Schwierigkeiten ermöglicht sein. Vom Wohnungsamt wird hierbei der Grundbaß der Unerschütterlichkeit der Wohnung, soweit es die Verhältnisse gestatten, stets im Auge behalten werden.

Vorsichtige russische Demobilisierung

Moskau, 5. Januar. (Tel.) Eine amtliche Kundgebung beschäftigt sich mit der am 11. Dezember beschlossenen teilweise Demobilisierung des roten Armes, die zwischen dem 1. und 15. Januar in Moskau stattfinden wird, und betont, dass die Demobilisierung ein vorsichtiges Vorgehen sein muss, da die russische Armee lange nicht so friedliebend seien wie die deutsche. Die russische Armee habe keine Sicherheit, dass keine Feinde im Frühjahr nicht einen neuen Überfall unternehmen. Der Kampf der roten Armee dürfe daher nach der Demobilisierung nicht sinken, sondern müsse Gegenteil intensiv verstärkt werden. Die militärische Organisation der Armee, die politische Erziehung und die Organisation der Armee müssen mit erhöhter Kraft fortgesetzt werden. Eine starke revolutionäre Armee sei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau gleichgültig. Es soll mit der Entlassung der alten Jahrgänge auf unbestimmte Frist begonnen und die Armee dadurch auf die Hälfte verringert werden. Zunächst werden alle Rotgardisten und Matrosen der Armee und Flotte bis einschließlich Jahrgang 1885 auf unbestimmte Frist beurlaubt. Aus den folgenden drei Jahrgängen, heißt 1886 bis 1888, werden besondere Arbeitsabteilungen gebildet, die zur Entlassung und zu unbefristetem Urlaub vorgeworfen sind. Wenn der Abtransport der zuerst Entlassenen beendet ist, soll der Entlassung der in den Jahren 1886 bis 1888 Geborenen und Aufstellung besonderer Arbeitsabteilungen aus den Jahrgängen 1889 bis 1891 begonnen werden, denen dann Urlaub bis zur Entlassung zu gewähren ist. Denn in dem Augenblick, wo der Abtransport der vorhergehenden drei Jahrgänge beendet sein wird, ist die Kriegslage eine weitere Verminderung der Armee zulässig, die der Arbeits- und Vertriebsfrage, wenn die Transporte und politischen Verhältnisse dies zulassen werden, im Laufe der nächsten vier Monate, das heißt nach Möglichkeit zu den Frühjahrsarbeiten die letzten genannten Jahrgänge zu befreien. Dann wird im Frühjahr 1921 die Sowjetregierung über die Frage der weiteren Entlassung der Jahrgänge 1892 bis 1898 und aller Wahrscheinlichkeit auch der Jahrgänge 1894 bis 1896 zu entscheiden haben, deren Wohl von den internationalen Verhältnissen abhängt.

Fiume und Kapallo

Rom, 6. Januar. (Tel.) Aus guter Quelle wird berichtet, daß die definitiven Wahlen in Fiume zur Bildung einer neuen Regierung Mitte Januar stattfinden werden. Dann wird der Staat Fiume von allen europäischen Mächten offen anerkannt werden. Die italienische Regierung hat beschlossen, der Stadt jeder Hinsicht und zwar mit großen Mitteln entgegenzukommen, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beschleunigen. Auch Möglichkeit einer größeren Anleihe ist jetzt, wo die Lage Fiume vom juristischen und internationalen Standpunkt aus geregelt in Aussicht genommen. Sobald die Bedingungen des Waffenstillstandes von Abbazia erfüllt sind, und Fiume seine volle Freiheit bekommen hat, werden die italienische und die südlawische Regierung die Ratifikation der Urkunden des Vertrages von Rapallo offiziell austauschen. Dann werden nach Artikel 5 des Vertrages drei paritätische Kommissionen gebildet, eine für die italienische, eine für Fiume und eine für Zara. Nach einer Mitteilung der „Agenzia Stefani“ hatten bei den eigentlichen von Fiume vom 24. Dezember bis zur Unterzeichnung Vereinbarung die regulären Truppen 17 Tote und 1200 Wundete. Die irregulären Truppen verloren 18 Tote und 50 Verwundete. Die Zivilbevölkerung hatte 2 Tote und 10 Verwundete. Wie die „Agenzia Stefani“ hierzu bemerkt, sind Verlustziffern geringer als die Angaben in den bisherigen Berichten, was ein Beweis dafür ist, daß die Kämpfe keinen ernstlichen Charakter zeigten.

Aufbahrung der Leiche Bethmanns

Hohenhausen, 6. Januar. (Tel.) Der Sarg des heimgewandten früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg war gestern nach kurzer Feyer im Familienkreise bei Tadelheim in Schloß nach der Kirche übergeführt und dort am Altar unter Vorbehalten aufgebahrt worden. Als Vertreter der Reichsregierung erschienen Minister Dr. Heine mit Staatssekretär Lew und Ministerialdirektor Heibronn. In Vertretung des kaiserlichen Kaisers legte Prinz Oskar einen Kranz am Sarge nieder. Es erschienen ferner der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis, früherer Staatssekretär und Minister v. Delbrück, Helfferich, Schenk, v. Breitenbach, Venke und Zimmermann, General Gantzenow als Abgesandter des Königs Ferdinand von Bulgarien u. a. Fortbeamtet trugen den ganz schlichten schwarzen Sarg, dem Dorfkind singend voranschritten. An der Gruft im Minister Heine. Er sagte u. a.: Im Namen der Reichsregierung sage ich dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg den letzten G. Uebermunden hat er allen Kampf und über dem Staub des zeitlichen Streites erhebt sich rein das Bild seiner Persönlichkeit, deren Unerkennbarkeit in den Herzen seiner Freunde eingegraben sind. War berufen, in der furchtbaren Prüfung unseres Volkes am Sarg zu stehen. Ehe der Sturm überstanden war, mußte er seinen schicksalvollen Platz verlassen. Müßig wäre es, zu fragen, ob es ihm hätte lingen können, das Unglück abzuwenden, das über uns herabgeworfen ist. Der Tag der Gerechtigkeit wird für ihn so sicher kommen, wie unser Volk. Der zweite Geistliche von Hohenhausen, Dohom, dankte die Segensworte.

Stuttgart, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Auf dem Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei gab Abgeordneter Gausmann einen Ueberblick über die politischen Ereignisse und gedachte Todes Bethmann Hollwegs. Dabei erwähnte er charakteristische Aeußerung des früheren Reichskanzlers bei einer Begegnung vor kurzer Zeit, als ihm dieser gesagt, er nicht im Jahre 1917 gekürt worden wäre, hätte er im Herbst den Frieden geschlossen. Zur Begründung habe Bethmann ausgesprochen, daß er im Juli 1917 mit dem päpstlichen Abgesandten Pirelli im Hauptquartier gewesen sei und eine ausführliche Besprechung mit dem Kaiser gehabt habe, der damals eine richtige Auffassung der Gesamtlage hatte. Zehn Tage nachher sei er gekürt worden. Das habe natürlich die Zweifel an der deutschen Politik nicht vermindert.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Durchgangsverkehr

Begw. den zwischen Polen, Deutschland und Danzig zu schließenden Staatsvertrag wegen des Durchgangsverkehrs Deutschland-Polen-Polen-Danzig gemäß Artikel 89/98 des Vertrages von Versailles, die am 8. Oktober unter dem Vorsitz des mit der Regelung der Angelegenheit von der Völkerbundkonferenz beauftragten französischen Präsidenten Desprez in Paris begannen und am 18. Dezember unterbrochen wurden, wurden am 6. Januar in Paris wieder aufgenommen. Als Kommissar Danzigs nimmt Regierungsrat Herzbruch, Mitglied der Danziger Eisenbahndirektion, teil.

Das Rückkehrrecht der deutschen Beamten in Danzig

Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung haben laut „Reichsanzeiger“ beschlossen, daß Reichs- und Staatsbeamte, die beim Inkrafttreten des Friedensvertrages im letzten Gebiet der Freien Stadt Danzig beschäftigt waren und im Dienste derselben verblieben sind, sowie die, welche bis zum 1. April 1921 in den Dienst der Freien Stadt Danzig treten oder getreten sind, das Recht haben, bis zum 1. April 1925 in den Reichs- oder preussischen Staatsdienst zurückzukehren.

Die deutschen Parlamentsmitglieder in Estland

Von der deutschen Fraktion in Estland werden nachstehende Delegierte in den Riigikogu (Parlament) entsandt werden: Baron Georg Stadelberg, Max Vock, Hermann Koch und Hermann Ummende.

Neues vom Tage

Die Bochumer Millionräuber verhaftet

Berlin, 6. Januar. (Tel.) Von der Kriminalpolizei wurde der 24jährige Schlosser Franz Herling aus Warendorf und der 33jährige Montage Schlosser Alex. Alex. verhaftet, die den Millionenraub in der Bochumer Gegend verübt hatten, wobei drei Ueberfallenen ihr Leben verloren und 1680 000 Mark geraubt wurden. Der dritte Täter namens Wilhelm Müller ist flüchtig.

Großer Diebstahl von Rembrandt-Gemälden

Hamburg, 6. Januar. (Tel.) Aus dem Kontor der Bankfirma Emil Hedrich sind Rembrandt-Gemälde im Werte von acht Millionen Mark gestohlen worden. Es wird ancheinend versucht werden, die Gemälde nach dem Ausland zu bringen.

Niesenschieberjagd in Schwerin

Schwerin, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Niesenschieberjagd, bei denen es sich um Millionenwerte handelt, wurden hier aufgedeckt. Ein früherer Angestellter der Reichsstraßenhandelsbank in Schwerin namens Beder hatte am 1. Dezember in Hamburg ein Handelshaus eröffnet. Beamte der in Hamburg stationierten Kriminalpolizei des Reichsfinanzamtes stellten fest, daß es sich größtenteils bei den Waren um Reichsgut handelte, vor allem um Kleidungsstücke. Ermittlungen ergaben, daß sich in Schwerin ein großer Schieberkonzern befand, dessen Führer Beder war. Es sind bereits 32 Personen verhaftet, die in die Affäre verwickelt sind.

Erdbeben im Boglände

Flanen, 6. Januar. (Priv.-Tel.) Im oberen Boglände sind dauernd Erderschütterungen zu spüren. Besonders in Müngenthal, Falkenstein und Greiz sind mehrfache Beben festgestellt worden.

Geburtsprämie in Frankreich

Der Generalrat des Seine-Departements hat, wie aus Paris berichtet wird, beschlossen, eine Prämie für Geburten auszugeben. Vom 1. Januar an werden diejenigen Eltern, die die Geburt eines dritten Kindes anzeigen, 300 Frank ausgezahlt. Für jedes weitere Kind wird die Summe erhöht bis zum 10. Kinde, für das eine Prämie von 650 Frank ausgesetzt ist.

Städtisches Schauspielhaus Memel

„Maria Stuart“

Wenn wir das Drama seines historisch-politischen Gewandes entkleiden, dann haben wir als tragisches Gehalt, auf seine denkbar einfache und menschlichste Formel gebracht, den Gedanken des Todes, der die ganze Tragödie durchzieht. Mit Recht hat man daher „Maria Stuart“ das gewaltige Drama vom Tode genannt. Wenn wir in Maria nicht so sehr die geschichtliche Persönlichkeit sehen, sondern das weiblichste, dann verkörpert sie uns das Leben in seiner härtesten Befragung, das sich behaupten will gegen seine gewaltigste Gegenkraft, gegen den Tod selbst. Von hier aus betrachtet sind ihre Gegenüber die Helfershelfer und Werkzeuge des Todes, der mit dem Leben um den Sieg ringt. Eine Aufführung, die bis in die kleinsten Feinheiten hinein auf diesem Gedanken einheitlich aufgebaut wäre, dürfte von überwältigender Wirkung sein.

Frischbart, der das Spiel leitete, hat das gewußt und daher den Höhepunkt in den 8. und 9. Akt gelegt, wo ja das Stück selbst zu dem zwingt. Dort, bei der Begegnung Marias mit Elizabeth, läßt sich das junge Leben mit aller Macht gegen den Tod auf, hier der Abschiedsgedanke geht der Tod unsichtbar über die Bühne. Der Eindruck dieser beiden Akte auf die Zuschauer war so tief, daß man andres heutige Leben sehen konnte. Den Erfolg des Abends darf in der Linie Wally Sabahn für sich in Anspruch nehmen. Ihre Spielweise von Anfang bis zu Ende auf der Höhe der Kunst. Das Helbenhafte der Stuart hat sie in den zwei genannten Akten prächtig herausgearbeitet: legte sie im 8. Akte den Nachdruck auf den lebenswichtigen Lebensmut, der um keinen Preis sich begeben gibt, so war im 9. Akt die Vertreterin inneren Selbstentwurtes, Böhmerin und Elizabeth, die, mit Gott verbunden, die Kraft in sich faßt, den letzten, schweren Gang zum Bürgerkrieg mit ruhiger Gelassenheit zu gehen. Wir an unserer Bühne keine der Maria ebenbürtige Elizabeth, die, ist sehr bedauerlich. Trotzdem wußte auch Emilie Ernst hier zu dem fesseln. Ludwig Wed als Moritimer ist die leidenschaftliche Gartenjagd gut gelungen. Schiller lag es aber fern, dem Schauspiel in den letzten Erzählungen Gelegenheit zu Schmellpredigten zu geben. Es ist schade, daß das sonst so außerordentlich lebende Spiel des jungen talentierten Künstlers dadurch etwas entleert wurde. Also in dieser Beziehung etwas mehr Selbstherrschung! Aus der Masse der übrigen Darsteller, die mit großer Begeisterung dem Namen des Ganges eingestrichelt haben, seien erwähnt: Alfred Hildebrandt als Schrenkburn, das Urbild des abstrakten, unheimlichen Orestes mit seiner warmen Menschlichkeit, Hans Jüngling als Bursche, der Höflichkeit und rücksichtslose Staatsmann — einmal er mit im Ton seiner Königin gegenüber zu rücksichtslos, Hugo Schick als Lanet, der finstere und misstrauische Wächter Marias mit seinem Reaktionsverständnis, Frischbart als Leichter, eine lebensvolle, zwiespältige Natur von gemeiner Sinnlichkeit, dessen überfüllter Verzweiflungskampf im letzten Monologe von nachdrücklichem Eindruck war und Marie Körner als Kennedy, die um das Wohl Mariens mütterlich besorgte Amme.

Dem eingangs erwähnten Regiegedanken hätten sich die Kostüme ihrer feinen, harren und todesfahnen Pracht und vor allen Dingen Sprache noch mehr anpassen können. Ueber jedem Worte, ausgenommen dem 8. Akt, liegt die Schwüle und der Ernst des zu erwartenden Ereignisses. Hier von absehen, darf die Vorstellung als die der gelungensten bezeichnet werden.

Stürmischer Beifall im wahren Sinne des Wortes war der Dank für die vortrefflichen Leistungen.

„Die Gezeichneten“, Oper in 3 Akten von Franz Schreker

In der Berliner Staatsoper fand, wie uns ein Telegramm aus Berlin meldet, die erste Aufführung der dreitägigen Oper „Die Gezeichneten“, Musik und Text von Franz Schreker, seinen Beifall des vollständig ausverkauften Hauses. Unter den Mitwirkenden fanden Karl Ammer als Herzog, Albinus als Graf Bielezzo, Barbara Kemp als Carlotta und Hans Mann als Alvario in vorderer Reihe. Sie wurden zusammen mit dem Orchesterkomponisten und dem Kapellmeister Liedry nach den Aufschlüssen wiederholt hervorgehoben. Die Oper war von Dr. Börsch in Szene gesetzt.

Lokales

Memel, den 7. Januar 1921.

[Personalmeldungen.] Die Landgerichtsräte Plümcke und Lattke sind zu Landgerichtsdirektoren in Memel und der frühere Kriegsratsrat L. A. Ludwig Koch aus Hannover zum Amtsgerichtsrat in Heydekrug ernannt.

[Die Weltfarben der Briefmarken.] Die Farbe der Postwertzeichen war bisher durch den Weltpostvertrag grün, rot und blau für die drei Werte 5, 10 und 25 Rappen vorgeschrieben. Der Weltpostkongreß in Madrid hat diese Sätze bekanntlich aufgegeben. Es ist deshalb eine andere Grundlage für die drei Farben vereinbart worden. Grün wird verwendet für eine Druckfarbe, die den einfachen Gewichtssatz nicht übersteigt, rot für eine Postkarte und blau für einen einfachen Brief. Es werden demgemäß auch in absehbarer Zeit die Memelbriefmarken voraussichtlich Farbenänderungen erfahren.

[Falsche polnische Tausendmarkscheine] werden angeblich in großen Mengen in Berlin in den Verkehr gebracht. Die Vertreter sind Galizier, die Banken und Wechselstuben aufsuchen und hier die Fälschungen umsetzen. Es handelt sich um Noten mit dem Buchstaben V vom 17. Mai 1919, die an Abweichungen des Wasserzeichens zu erkennen sind. Ein polnischer Tausendmarkschein ist heute 105 deutsche Mark wert.

[Das Landesfinanzamt Königsberg] veröffentlicht eine Erklärung folgenden Inhalts: In den hiesigen Tageszeitungen sind in letzter Zeit mehrfach Nachrichten aus dem Memelgebiet zum Abdruck gelangt, in denen bei Schilderung von Schieber- und Schmugglerverbrechen in Memelgebiet auch von der Unzuverlässigkeit und Bestechlichkeit der Zollbeamten die Rede gewesen ist. Wenn es auch für den Kenner der örtlichen Verhältnisse meist nicht zweifelhaft war, daß es sich bei den geschilderten Vorgängen nicht um deutsche Zollbeamte handeln konnte, so besteht doch die Gefahr, daß die große Menge des Publikums bei flüchtigem Lesen und in Unkenntnis der Lage der Ortschaften, aus denen die Berichte stammen, den Eindruck erhält, daß deutsche Zollbeamte bei den Verbrechen beteiligt sind. Im Interesse der mir unterstellten Beamten bitte ich daher ergebenst darum, vielleicht durch die deutsche Ueberschrift „Aus dem Memelgebiet“ oder durch sonst geeignete Hinweise von vornherein jeden Irrtum in dieser Hinsicht auszuschließen. — Wir halten den Ton der Erklärung für verfehlt, denn die Untersuchung der verschiedenen Schmuggelangelegenheiten, in deren Gang wir nicht eingreifen wollen, richtet sich auch gegen deutsche für den Dienst im Memelgebiet beurlaubte Beamte.

[Die diesjährige Hauptversammlung des Memeler Mieterbundes e. V.] fand am vergangenen Dienstag, abends 6 Uhr, im kleinen Schützenhalle statt. Die Versammlung war von etwa 300 Bundesmitgliedern besucht, die den sich bis in die späten Abendstunden hinziehenden Verhandlungen mit reger Anteilnahme folgten. Der erste Vorsitzende, Kanzleiaffizient Siebert, eröffnete die Versammlung mit einem allgemeinen Ueberblick und Abschluß, worauf der erste Schriftführer, Kaufmann Seidler, den Jahresbericht erstattete. Im verfloßenen Geschäftsjahr haben 20 Vorstandssitzungen, eine außerordentliche Generalsammlung und eine Zusammenkunft mit den Vorständen der Mieterbünde Heydekrug und Auß stattgefunden. Schatzmeister Hinz legte den Kassenbericht vor, der ergab, daß der Bund z. Bt. 1013 Mitglieder zählt und daß die Kasse in Einnahme und Ausgabe mit 8000 Mark abschließt. Nach dem Ergänzungsbereich der Kassenprüfer wurde dem Schatzmeister Entlastung erteilt. Der Obmann der Mieterberatungsstelle, Schriftkonzipient Wille, berichtete über seine Tätigkeit in der Beratungsstelle und als Vertreter der Bundesmitglieder beim Mietzeigungsamt. Seit August v. Js. hat er 303 Mitglieder gewonnen, in 908 Fällen Rat erteilt, 155 Termine als Vertreter wahrgenommen und 369 Anträge gestellt. Er hat die Versammlung unter Anführung eines Sonderfalles dafür einzutreten, daß der jeweilige Obmann der Mieterberatungsstelle nicht nur beim Mietzeigungsamt, sondern auch bei dem Amtsgericht als Vertreter der Mieter zugelassen werde. Er allein könne als Vertreter in Frage kommen, da die meist unbemittelten Mieter nicht die Kosten für einen Rechtsanwalt aufbringen könnten. — Schriftführer Seidler hat die Bundesmitglieder, unter ihren Berufskollegen neue Mitglieder zu werben, damit die noch fehlenden 4000 Haushaltungen auch dem Mieterbunde angeschlossen würden, der dann erst die Anerkennung finden würde, die seiner Bedeutung entspreche. Die Neuwahl des Vorstandes ergab Wiederwahl des ersten Vorsitzenden, Kanzleiaffizienten Siebert und der Besitzer Burkandt, Ehrhardt, Galdis, Hinz, Linke und Seidler. Für die ausscheidenden Vorstandsmittglieder Kofede, Ruchwald und Panteleit wurden neugewählt Lehrer Müller, Wachtmeister Linke und Schneidmüller Plennis. Zu Rechnungsprüfern wurden bestellt Postsekretär Knobel und Lehrer Dieck. Der Anschlag des Bundes an den Bund deutscher Mietervereine und an den Verband der Mieterbünde im Memelgebiet wurde gutgeheißen. In den Kassenprüfungsansuchen des Verbandes wurden gewährt Kaufmann Voerges, Schlosser Rosochatius, Freifur Tharann und als Vertreter Postsekretär Junker und Weichensteller Langanke. Als Besitzer für das Mietzeigungsamt sollen mit ihrer Zustimmung nominiert gemacht werden die Bundesmitglieder Baltrac, Wendig, Galdis, Gruber, Rastau, Kramp, Lawitzki, Wachtmeister Linke, Voerges, Tharann, Weinberg und Wuskat. — Eine von Studienrat Ambrosius eingebrachte und begründete Entschließung betr. Kapitalbeschaffung zum Aufbau von Wohnungen durch Ausgabe von Heimstätten-Darlehenstaschenscheinen und Ablehnung der Mietssteuer fand einstimmige Annahme. Der Antrag Linke betr. Erhöhung des Bundesbeitrages auf 16 Pf. jährlich wurde abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag Rastau, den Bundesbeitrag auf 12 Pf. jährlich festzusetzen. An den Obmann der Mieterberatungsstelle soll fortan für jede Vertretung beim Mietzeigungsamt der Betrag von 3 Mk. gezahlt werden. Die Raterteilung soll wie bisher unentgeltlich erfolgen. Der von den in die Kommission zur Festlegung neuer Richtlinien für die Mietzeigungsamt entsandten beiden Vorsitzenden Siebert und Ehrhardt vorbereitete Bericht mußte der vorgelegten Zeit wegen verschoben werden. Die vom ersten Vorsitzenden eingebrachten Entschließungen betr. Erlass einer Verordnung zur Regelung der Mietzeigungsamt und einer Verordnung über den Verkehr mit bebauten städtischen Grundstücken fanden gleichfalls einstimmige Annahme. Eine allgemeine Ansprache konnte nicht mehr stattfinden, da die Versammlung um 11 Uhr wegen der aussergehenden Beleuchtung geschlossen werden mußte.

[Die Brotkarten] für die laufende Periode werden von Sonnabend den 8. d. Mts. bis einschließlich Donnerstag den 13. d. Mts. im Versorgungsamt für sämtliche Stadtteile ausgegeben.

[Festgenommene.] In Kollaten wurde ein Mann festgenommen, der sich Oberlehrer Edmund Baumann aus Reidenburg nennt. Er ist hauptsächlich ein Lehrer auf dem Lande herangeritten mit der Aufforderung, sie mögen einer neuen Lehrerorganisation beitreten, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Zum Schluß seiner Ausführungen verlangte er jedesmal 100 Mk. Es handelt sich hier vermutlich um einen Schwindler. Personen, die hierüber weitere Angaben machen können, wollen dieses der Kriminalpolizei mitteilen.

Stadtesamt der Stadt Memel vom 6. Januar 1921

Aufgeboren: Arbeiter Heinrich Franz Gronau mit Dienstbotin Auguste Marie Hensel, beide von hier; Arbeiter Johann Drungels von Gut Neuhof, Kreis Memel, mit Arbeiterwitwe Anna Friederice, geb. Kikalis, von Schmelz. Geboren: Ein Sohn: dem Arbeiter Robert Theodor Mörtle von hier.

Handel und Schifffahrt Berliner Börse.

An der Börse war heute das Geschäft gegenüber den beiden Vortagen etwas stiller und im Zusammenhang mit etwas schwachen Devisennotierungen machten sich verschiedentlich Reaktionsneigungen bemerkbar. Die Fernwirten im Großverkehr für die Mehrzahl der Papiere Rückgänge von 5 bis 10 Prozent, für einige auch von 20 bis 30 Prozent. Für einzelne Werte aber erhielt sich die Kauflust und sie erzielten, wie Gölich mit 80, Mannesmann mit 30, Daimler mit 25 und Oerlemann & Koppel mit 20 Prozent, weitere zum Teil ansehnliche Kursbesserungen, die Kursrückgänge für verschiedene Papiere zur Folge hatten, so daß die Tendenz wieder einem festen Anstrich gemann. Weiterhin erfolgten mehrfach Schwankungen mit dem Ergebnis, daß sich die Mehrzahl der Montan-, Schiffsahrts-, chemischen und Elektrizitätswerte sowie eine große Anzahl von Industrieapapiere unter dem gestrigen Schlußkurs halten. Letzte Salbung zeigten durchweg Bankaktien, mögen Valutapapiere wenig Veränderung zeigten. Am Rentenmarkt waren für heimische Werte leichte Besserungen festzustellen. In den zu Einheitskursen gehandelten Industriewerten schien die Kauflust heute teilweise etwas gering zu sein. Es überwiegen aber doch die Kursrückgänge.

Kurs-Devisen		5. Jan. 6. Jan.		5. Jan. 6. Jan.	
5/16 Dtsch. Reichsb. I.	—	—	99.25	Disconto-Komma	253.25
5/16 Dtsch. Reichsb. II.	—	—	80.40	Preuss. Bank	222
5/16 Dtsch. Reichsb. IV-V.	50.50	—	80.40	Nationalb. f. D.	203.25
5/16 Dtsch. Reichsb. VI-IX.	—	—	72	Öbant. f. S. u. G.	182.25
5/16 Dtsch. Reichsb. fällig 1924	90.60	90.60	90.60	Rückst. f. S. u. G.	151.75
5/16 Reichsb. I.	77.50	77.50	77.50	Reichsb. f. S. u. G.	347.50
5/16 Reichsb. II.	66.30	66.25	66.25	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. III.	59.70	59.50	59.50	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. IV.	66.30	67.75	67.75	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. V.	62.75	63.10	63.10	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. VI.	54.60	55.10	55.10	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. VII.	51.60	52	52	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. VIII.	84	84	84	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. IX.	70.25	70.25	70.25	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. X.	90.75	90.25	90.25	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. XI.	77	77	77	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. XII.	192.50	188	188	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. XIII.	193	190	190	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. XIV.	250	251	251	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. XV.	214	216	216	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. XVI.	183	187.50	187.50	Reichsb. f. S. u. G.	370
5/16 Reichsb. XVII.	330	332	332	Reichsb. f. S. u. G.	370

Telegraphische Kursabläufe

Berlin, 6. Januar (Tel.)		Göteborg		Stockholm	
Amsterd.-Rotterd.	2315.15	2319.85	Spanien	254	256
Brüssel-Antwerpen	455.50	456.50	Wien alt	—	—
Christiania	1158.80	1161.20	Wien in Dtsch.-Dtsch.	—	—
Kopenhagen	1151.30	1153.70	abgekempt	15.60%	15.64%
Stockholm	1493.50	1496.50	Trag	81.60	81.80
Helsingfors	217.25	217.75	Rudapest	12.18	12.22
Italien	255.20	255.80	Bulgarien	—	—
London	262.20	262.80	Romanien	—	—
Reims	71.54	71.70	Polen	8%	—
Paris	494.50	495.45	Kriessnoten	18	—
Schwiz	1108.85	1111.15	Paris	9%	—

Wassermarktkurs: 300 Varrangold (Hamburger Standard) 41750. Markkurs im Ausland: Holland 4.30, Brixid 8.20, Kopenhagen 6.50, Stockholm — (Priv.-Tel.)

Der Berliner Produktmarkt. Berlin, 6. Januar. (Tel.) Im Produktmarkt hat sich die Lage wenig verändert. Futtermitteln werden von auswärtig stark angeboten, doch sind nur wenig Abschlüsse zustande gekommen. In den übrigen Artikeln sind bei der immer noch vorherrschenden Geschäftslage Veränderungen von Bedeutung nicht eingetreten.

Memeler Schiffsnachrichten Ausgelaufen

Nr.	Datum	Schiff	Kapitän	Nach	Mit	Beladen von
7	6. Jan.	Harald S.D.	Buedt	Stettin	Stückgut	Cellulose-Fabrik
8	6. Jan.	Anna S.D.	Stehr	Memelburg	leer	Cellulose
9	6. Jan.	Stonehenge enal. S.D.	Morlich	Danzig	Holz	Abelmann

Am 6. Januar: 12 Uhr am Vegelstand 0.35 m. — Wind: SW. Stärke: 1. — Strom: aus. Bei vorstehendem Vegelstand und ruhiger See zulässiger Tiefgang in der Kaatenlinie 6.1 m.

Wetterwarte

Wettervorhersage für Freitag, den 7. Januar: Keine erhebliche Witterungsänderung.

Temperaturen in Memel am 6. Januar. Morgens 6 Uhr: + 2.3 Grad Celsius, 9 Uhr: + 3.2, mittags 12 Uhr: + 4.0 nachmittags 3 Uhr: + 3.9, 6 Uhr abends: + 3.5.

Witterungsübersicht von Donnerstag, den 6. Januar, 8 Uhr morgens.

Bei schwachen von Süden nach Westen drehenden Winden herrschte gestern in unserm Bezirk meist trübes Wetter mit verbreiteten Regenschauern. Die Temperaturen sind im Laufe des Tages erheblich gestiegen. In Deutschland war es heute früh bei schwachen vorwiegend südwestlichen Winden meist trübe und fortgesetzt mild. Das Hochdruckgebiet über Sibirien hat sich wiederum verstärkt und nordwärts bis zur Ostsee ausgedehnt. Der gestrige Tiefdruckausläufer über Skandinavien ist ostwärts abgezogen, während über Nord- und Nordwesteuropa fortgesetzt niedrigerer Luftdruck besteht. Deutschland, Skandinavien, Nordfrankreich und England hatten Niederschläge.

Beobachtungs-ort	Wetter	Grad Cels.	Niederschlag mm	Beobachtungs-ort	Wetter	Grad Cels.	Niederschlag mm
Königsbg.	Rebel	3	2	Hamburg	bedeckt	7	1
Insterburg	Regen	3	4	Berlin	bedeckt	7	6
Tilsit	bedeckt	2	7	Preßlau	—	—	—
Parggah.	Rebel	3	5	Winnan	Regen	4	4
Ortelshagen	bedeckt	5	—	Sanaranda	bedeckt	—	0
Osterode	—	5	1	Wien	—	—	—

Wetter-Bericht für die Ostseehäfen von Donnerstag, den 6. Januar, 8 Uhr morgens.

Uebersicht der Witterung: Luftdruck: Hochdruckgebiet 770 Frankreich, Ungarn, Tiefdruckgebiet 741 Dänemark. — Wind: Nordsee westliche, Ostsee schwache südwestliche, östliche Ostsee schwache westliche Winde. — Wetter: Meist trübe, Fortdauer wahrscheinlich.

Stationen	Barometer mm	Wind Richtung	Wind Stärke	Wetter	Temperatur Celsius	Bemerkungen
Stadesnaes	752.7	E	6	Regen	+ 6	
Hüll	764.2	WSW	1	bedeckt	+ 6	
Swinemünde	765.0	W	2	bedeckt	+ 7	
Rügenwaldermünde	—	—	—	—	—	
Kühlwässer	—	—	—	—	—	
Memel	763.5	W	1	bedeckt	+ 3	Seeg. mäßig.
Stagen	—	—	—	—	—	
Kopenhagen	768.0	WSW	2	Rebel	+ 3	
Stabsby	761.3	SW	4	bedeckt	+ 3	
Stockholm	—	—	—	—	—	

Für einen notleidenden
Kriegsveteran von 1870/71
(i. d. Witte in Nr. 306 d. Bl.)
sind bei uns eingegangen:
G. P. 5 M., L. P. 5 M.
Weitere Spenden nehmen
wir gern entgegen.
Expedition
des „Memeler Dampfboot“.

Anzeigen.

Für die liebevolle Teil-
nahme bei der Be-
erdigung unseres lieben
Vaters und Schwieger-
vaters sagen
herzl. Dant.
Familie Wilke,
Familie Kaschub.
Memel, d. 4. Januar 1921

**Städt. Schauspielhaus
Memel.**
Freitag, d. 7. Januar,
abends 7 Uhr 14. Vor-
stellung im Freitag-
Abonnement. Gast-
spiel von Fräulein
**Anny Dopler-
Körner.** Erhöhte
Preise. Zum ersten
Male „Erdegeist“,
Tragedie in 5 Akten
von Franz Wedekind.
Sonnabend, d. 8. Jan.,
abends 7 Uhr. Gast-
spiel von Fräulein
**Anny Dopler-
Körner.** Zum 2.
Male „Erdegeist“.
Sonntag, d. 9. Januar,
abds. 7 Uhr: Maria
Stuart, Trauerspiel
in 5 Aufzügen von
F. v. Schiller.

Vorverkauf täglich von
11-1 und 4-5 Uhr an
der Theaterkasse.

**Kraftsportverein
„Roland“**
Seute, 7 1/2 Uhr:
Voll-Versammlung.
Erscheinen bringen er-
wünscht. Der Vorstand.

Liedertafel.
Sonntag, 9. Januar,
Weihnachtsfeier
im Schützenhaus, wozu die
gesährten passiven Mitglieder
mit Familien freundlichst
eingeladen werden. Beginn
7 Uhr abends. Kartenaus-
gabe nur an Mitglieder
und deren Angehörigen
am Freitag, den 7., von
6 Uhr ab im Schützenhaus.
Ohne Karte kein Zutritt.
Der Vorstand.

**Ruderverein
„Neptun“ E. V.**
Tel. 474.
Am 12. Fe-
bruar d. J.
veranstaltet der Verein als
Wintersfest einen

Maskenball
in sämtlichen Räumen
des Schützenhauses
Säfte dürfen nur auf be-
sondere Einladung des Vor-
standes durch Mitglieder ein-
geführt werden und haben
die Anmeldungen spätestens
bis zum 22. d. Mts.
schriftlich bei dem Vorstände
zu erfolgen.

Der Vorstand.
Beamten-Verein Memel E. V.
Ordentliche
Haupt-Versammlung
am Mittwoch, d. 12. Jan.
d. J., 8 Uhr abends,
im „Gerlach“'schen Lokal
(vorm. Weisson) Fischerstraße.
Tagesordnung:
1. Gemäß § 9 der Satzung
2. Vorstandswahl.
3. Erhöhung der Beiträge.
4. Sonstiges.
Der Vorstand.



Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme
bei der Beerdigung der
Frau Elise Woischwill,
geb. Müller,
danke ich im Namen aller Hinterbliebenen,
besonders für die trostreichen Worte des Herrn
Superintendenten **Gregor** am Sarge der
Entschlafenen.
Albert Müller.

B. Blaue Diele D.

Das große
Januar-Attraktions-Programm

Täglich 5 Uhr-See. TÄGLICH 5 UHR-TEE.

ii. a.:

Rita Taft	Carla Adlong
René u. Pohl	Hans Hali
Katti u. Lilli Horvath	Paul Paulsen

Täglich 5 Uhr-See.

Viktoria-Saal.
Sonntag, den 9. Januar:
Gesellschaftsball.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 5 Ml.

Städt. Schauspielhaus Memel.
Bekanntmachung.
Die 2. Rate für das Abonnement der
Spielzeit 1920/21 ist am 1. Januar fällig.
Zahlungen werden bis 15. Januar an die Theater-
kasse erbeten.
Die Direktion des städt. Schauspielhauses.

**Beschaffung von Kapitalien und
Teilhabern, Finanzierung und
Unternehmungen.**
Kostenlos bei Nichterfolg. Näheres durch
R. Veidt, Schmelz,
Sohle Straße 31.

Wir färben und reinigen:
Decken, Stoffe, Herren- und Damengarderobe
in zerrenntem und unzerrenntem Zustande, innerhalb
kürzester Frist, bei billigster Preisnotierung.
Lipkat & Hübner, Färberei,
Postenstraße 1, gew. Schneiderische Werkstatt und Steintor-
straße vis à vis Honning.

Achtung! Herrensohlen 42,50, Damensohlen 32,50.
K. Schulz, Luitzenstraße 3

Kasino
die begehrte Zigarette!
Überall erhältlich.

**Apollo-Licht-
spiele**
Heute ab 4 Uhr
Die heilige Simplicia
Legende, 5 Akte, mit Eva May.
wunderbar in Handlung, Spiel und Ausstattung.
Die Frau im Doktorhut
Schauspiel, 4 Akte, mit Lotte Neumann.
Künstlerkonzert.

**Urania-Licht-
spiele**
Heute 5 Uhr
Friedrich Zelnik in seiner Glanzrolle
als
Apachenlord
Abenteuer in 5 Akten.
Lepain, der Verbrecherkönig
in seinem sechsten Abenteuer:
Das gefundene Armband,
Detektiv-Sensation, 5 Akte.

**„Grosin“
Schuhputz.
Futterhafer**
sowie
sämtliche Futterartikel
zu den billigsten Tagespreisen offeriert
Landw. An- und Verkaufsgenossenschaft.
Offerierte billigst:
**Laplata-Mais, Maismehl, Acker-
bohnen, Bohnenmehl, Futterhafer
sowie Haferschrot,**
alles erhältlich in meinen Geschäften:
Steintorstr. 12, Libauerstr. 28, Holzstr. 24.
Dortselbst ist
prima amerikanisches Weizenmehl
pro Pfund 5,30 Ml. zu haben.
M. Wald, Dampfmahlmühle.
Offerierte im Auftrage
3000 kg I^a Wagenfett
ab Westpreußen per 100 kg Ml. 275.- inkl. Fässer.
Muster vorhanden.
J. Gross, Memel,
Rohgardenstr. 15, Hof links.

Kammer-Licht-Spiele
vom 7.—10. Januar
Münchener Monumentalfilm
Seelenverkäufer
Das Schicksal einer Deutsch-Amerikanerin nach dem Roman
von **Gontard Schuck.**
Ria Jende
Magnus Stifter
Reinhold Schünzel
Rosa Valetti
Ludwig Reso
Clementine Plessner
Der Walzer von Strauss.
5, 7 1/2.

Oratorien-Verein (E. V.)
Aula der Altstadt. Schule.
Heute, Freitag, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Beginn der Chorübungen
zur nächsten Aufführung.
Ein deutsches Requiem von **Joh. Brahms.**
Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.
Anmeldungen sangeskundiger Damen und Herren, welche dem Verein be-
treten beabsichtigen, erbitte möglichst jetzt
Der Vorstand.
Frau **Paula Borchert.** Frau **Helena Rostowsky.** Frau **Helena Sieb**
Richard Krips (Vorsitzender). **Alex. Johow** (Dirigent u. stellv. Vorsitzender)
Albert Pohl (Schriftwart). **Paul Klemke** (Schatzmeister).

Stimmprüfung: **Dienstags und Freitags, 12-1 Uhr,** beim Dirigent
Königl. Musikdirektor **Johow,** Friedrich Wilhelm-Str. 31/32.
Seifenfabrik G. H. Kunze
gegründet 1844
Berlin SW., Schützenstrasse 71
Leistungsfähigstes Haus
für
Export-Seifen
Jeder Art.

**3000 Mark
Belohnung**
erhält derjenige, der nach-
weisen kann, daß ich im Jahre
1919 einen Bullen vom Bel.
Lymannt aus Dintweihen ge-
föhlen habe und an den
Besitzer M. K. in Graumen
veräußert habe. Sichere auch
eine hohe Belohnung demjenigen
zu, der genau angeben kann,
daß ich selbst dem Besitzer
Lymannt einen Schadenersatz
von 7000 Ml. angeboten
habe, damit **Lymannt** gegen
mich nicht gerichtlich vor-
gehen möchte.
Bel. Jakob Lumpreitsch,
Dintweihen.
In der Nacht vom 1. zum
2. Januar sind mir aus
meiner Wohnung 2 sehr
gute Mäntel, 1 schwar-
zer Ueberzieher, 1 Schw.
Hose, 2 schwarze Westen,
1 wollene gelbe Hose,
1 schwere braune Werd-
decke und 2 Kopftücher
gehohlen worden.
Wer den Aufenthalt des
Diebes, der ein 18-jähriger
junger Mann ist, ermitteln
kann, erhält Belohnung.
Szamotat, Saagstellen.

Französ. Konversation
gem. m. Franzosen (Französin)
od. Deutschen, d. i. Ausl. waren.
Off. u. 190 a. d. Exp. d. Bl.
Englische Konversation
gem. mit Engländer(in) od.
Deutschen, d. i. England waren.
Off. u. 189 a. d. Exp. d. Bl.
Der erkannte Dieb, welcher
vom Sprauschen Geschäft den
Sack mit Fischen entwendet
hat, wird aufgefordert, den
leeren Sack innerhalb drei
Tagen zurückzugeben.
Besitzer **Martin Laurus,**
Schnauggien.
Wer leht in kurzer Zeit
einen jungen Mann, gegen
hohe Vergütung,
Tanzen?
Off. u. 197 a. d. Exp. d. Bl.
Bettfedern
werden zum Reinigen an-
genommen.
F. Lass & Co.
Zu verkaufen:
Eleg. feldgr. Ballet, 1 sehr
schön. Angug f. 300 Ml., 1 Pelz
f. 200 Ml., 1 jung. machi. Hund
b. **Gallinat,** Breite Str. 28.

Freiw. Antiquar
Sonabend, 8. J.
vorm. 10 Uhr, Zunftsaal
über:
Selbstgewebte Frauen-
der. Röcke, Schürzen, Bl.
seid. Kostüme, Astrak-
mäntel, Fächer, fast
Herrenkleider, Geh-
Bluse, Jadedt., Sch.
Schlitten, Gastböcher, A.
bani, Armbänder, Sch.
nadeln, Broschen, C.
turen, Zigaretten-C.
Zigaretten, Notizbl.
Uhrketten, Korallen-
engl. Uhr, 1 Salonle.
Spittlich, 1 Salonle.
1 Paar lange Stiefel, 1
4 Pfund ungespon-
Bolle u. a. m.
Johann Bechdo
Junkerstr. 2.
Reitschen
große Auswahl italien.
Drehlings, Vogelpeil.
Gummibüchlein, G.
Büchertaschen, En-
bänder, Notizen u. t.
Max Loufert, Sattlermei-
Dabei ist ein 2 Hg. W.
wagen zu verkaufen.
1 neuer, einbännig
Arbeitswagen
zu haben. Zu erfragen in
Expd. dieses Blattes.

Lieben Sie - eine kräftige Zigarette?
dann rauchen Sie **Delos** ohne Mundstück **20** P

Pafgebühren und kein Ende

Unter dieser Ueberschrift schreiben die Mitteilungen der Deutschen Handelskammer in der Schweiz u. a.:

Die Zeitungen melden, der deutsche Minister des Aeußern wolle schon die Härte der hohen Pafgebühren zu mildern suchen und alle Vorbereitungen zu deren Abbau. Kurzzeit schwebten Verhandlungen zwischen den einzelnen Botschaften, um bei der Neuordnung der Pafgebühren gleichzeitig eine Revision des Pafwesens überhaupt vorzunehmen zu können.

Endlich! werden da mit einem Seufzer der Erleichterung jene Stimmen anrufen, die nie alle werden. Wir, die wir den Verlauf der ganzen Angelegenheit genau verfolgt haben, können jedoch nicht mehr, wieder einmal — milde gesagt — unserer Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß die Dinge noch immer nicht weiter gehen sind als bis zu den berühmten schwebenden Verhandlungen. Wir sind wir uns doch einmal einiger Tatsachen:

Ende August bereits hatte das Auswärtige Amt, dem einmütigen und der öffentlichen Meinung nachgebend, einen Entwurf zur Neuordnung der Pafgebühren an die Auslandsvertretungen gesandt und in deren Meinung gebeten, daß die neuen Pafgebühren voraussichtlich am 1. April in Kraft treten würden, und daß in der Zwischenzeit eine Ermäßigung etwa auf die niedrigsten Sätze des bisherigen Gesetzes (d. h. also ein Pfund) der jetzt in Uebung befindlichen Vorschriften) deshalb nicht Platz greifen könne, weil zwischenstaatliche Verhandlungen über die Regelung der Pafgebühren im Gange seien, die an nicht fernen wolle. Wenn diese Meldung zutrifft, so wäre jetzt eigentlich nicht nur mit einer Verringerung der Gebühren, sondern auch mit einer prinzipiellen Abkehr von der bisherigen Pafverteilungsart zu rechnen, die ebenso notwendig wäre, wie die Herabsetzung der Gebühren. Denn das Erfordernis, zwecks Erreichung einer ganz einheitlichen Bemessung oder die Vereinfachung einer Handelskammer vorlegen zu müssen, wird heute mit Recht allgemein als eine der Zeit schon längst nicht mehr entsprechende Zumutung angesehen.

Es fällt schwer, Zuständen gegenüber, wie sie sich gerade in der Paffrage herausgebildet haben, seinen Unwillen auszudrücken. Es ist namentlich in einer Weise behandelt worden sind, die alles andere als demokratisch ist. Soll es in der bisherigen Art und Weise weitergehen, dann sehen wir klar voraus, daß einmal der Gebührensachen nicht nur ein Politik zu sein, sie machen dieselben Ansprüche auf Mitbestimmung ihrer Lage geltend, wie ihre Stammesbrüder in der Heimat. Möge die Regierung endlich einsehen, daß in Dingen, die die Wirtschaftsverhältnisse mit dem Auslande betreffen, Erprobliches nur bei ehlicher Arbeit mit den Auslandsdeutschen und deren Organisationen geleistet werden kann. Diese Mitarbeit liegt nicht etwa von dann vor, wenn der Konsul dann und wann einen Mann seiner Zeit in der Stille seines Kämmerleins empfängt, oder wenn er einen wirtschaftlichen Beitrag auf dem Papier sehen hat, der so gut wie nie zum Vorschein tritt. Es ist hohe Zeit, daß hier Remetur geschaffen wird! Und die Ueberführung und die Ausbesserung der Bagage erhöht die Pafpolitik der deutschen Regierung, sich nicht mehr ereignen."

Memelgau und Nachbarn

aus Lettland. [Der lettlandische Eisenbahntarif] wird durch eine Verordnung der Hauptbahnenverwaltung vom Januar d. J. an um 100 Prozent erhöht. Nach dem erhöhten Tarif beträgt die Zahlung für ein Kilometer in der 1. Klasse 3 Kop und in der 2. Klasse 48 Kop, wobei der geringste Preis für eine Eisenbahnfahrt in der 2. Klasse auf 8 Rbl. und in der 3. Klasse auf 4 Rbl. festgesetzt worden ist. Die Strafe für bildehose Passagiere in der 2. Klasse beträgt 100 Rbl. und in der 3. 50 Rbl. Wer mit einem Billet 2. Klasse die 2. Klasse benutzt, hat 50 Rbl. Strafe zu zahlen. Der Preis für die Benutzung eines Sonderzuges ist auf 60 Rbl. pro Kilometer erhöht worden. In demselben Verhältnis ist auch der Tarif für die Ueberführung und die Ausbesserung der Bagage erhöht worden. Ein Perronbillet kostet jetzt 4 Rbl. für die Person.

Neue Chronik

In Königsberg wurde die Rationierung des Wassers vorläufig aufgehoben, da dem Schöpfbrunnen in Hardershof vom Land- und Wirtgraben genügend Wasser zufließt. Auch die Schließung der drei öffentlichen Warmbadeanstalten, die ihren Betrieb wegen Wasser-mangels hatten einstellen müssen, wurde aufgehoben.

Die deutschen Festungen Pillau und Swinemünde treten am 1. April nach einem Erlaß des deutschen Reichspräsidenten aus

dem Bereich des Heeres in den der Marine über. Die Kosten gehen bis 31. März zu Lasten des Heeres. Die Anforderungen für 1921 werden von der Marine aufgestellt. Die Uebernahme wird schon jetzt vorbereitet. Sie erfolgt endgültig am 1. April.

Dieser Tage hat der Besitzer August Höpfer in Werne-gitten bei Braunsberg aus Fahrlässigkeit seine Ehefrau Ottilie, geb. Wien, erschossen. O. besaß einen Revolver, dessen Ladungsvorrichtung aufsehend nicht in Ordnung war. Als er sich mit der Waffe im Zimmer beschäftigte, ging aus nicht aufgeklärter Ursache ein Schuß los, traf die Frau in die Brust und tötete sie auf der Stelle.

Dr. Nedra, ein Bruder des ehem. Ministerpräsidenten A. Nedra, der nach dem Zusammenbruch Bernondis nach Deutschland geflüchtet war, verurteilte, der „Bib. Ztg.“ zufolge, die lettlandische Grenze zu überschreiten. Dabei fiel er in Polangen in die Hände der Abenteurer Kreispolizei, die ihn in Haft nahm und gegen ihn ein Verhaftungsdekret ausstellte.

Der Streik der städtischen Arbeiter in Riga hat sein Ende gefunden.

Gerichtszeitung

* Der Prozeß gegen Gandorfer. Das bayerische Justizministerium hatte, wie uns aus München gebrähet wird, auf Weisung des Reichsfinanzministers das gesamte Vermögen des Gutbesizers Gandorfer in Passau mit Beschlagnahme belegt. Gegen diesen auf 1 1/2 Millionen lautenden Arrestbefehl legte Gandorfer Wider-spruch ein, so daß die Angelegenheit das Münchener Landgericht beschäftigte, bei dem am Dienstag die Verhandlung begann. Gegenstand der Sache ist die Verwerfung der 1918 bis 1919 vom damaligen Ministerium dem Bauernrat unter dem Vorhinein Gandorfers übertragen worden war. Dabei soll Gandorfer zahlreiche Unregelmäßigkeiten sich haben zuschulden kommen lassen. Nach der Klage soll der Staat durch die Geschäfte Gandorfers um 1 1/2 Millionen geschädigt worden sein. In der Sitzung, in der Gandorfer mit seinen Anwälten persönlich erschienen war, beantragte der Vertreter des Reichsfinanz-ministers die Aufrechterhaltung des Arrestbefehls, während vom Rechtsver-treter Gandorfers die ganze oder teilweise Aufhebung des Befehls beantragt wurde. Die Verurteilung der Entscheidung soll am 18. Januar erfolgen.

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Achtung!

Sind Lungenleiden Tuberculose heilbar? Verl. Sie kostenl. San. Rat Dr. Weise's ausführl. Druckschrift hierüber Dr. Gehardt & Co., Berlin W 35, Potsdamer Strasse 104 c.

Zwei lange Pelze

zu verkaufen. Matiszig, Fischerstraße 5-6.

Am Montag, den 10. 1. 21, bei Gastwirt Le... 8 Uhr.

Am Montag, den 10. 1. 21, bei Gastwirt Padoaks, Rawolen, 10 Uhr.

Am Montag, den 10. 1. 21, bei Gastwirt Strangallies, Weichlauken, 12 Uhr.

Am Montag, den 10. 1. 21, bei Gastwirt Tramp, Koobhüher, 3 Uhr.

Am Montag, den 10. 1. 21, bei Gastwirt Schenk, Neuhubben, 4 1/2 Uhr.

Außerdem werden jeden Tag Pferde auf meinem Hof verkauft. Aufschreibungen werden sofort ausgeführt. Bitte sind mitzubringen.

Robschlächtere Rosenbach, Memel, Löbferstr. 9/10 Tel. 653.

Briefmarken

zu 3 Mk. sowie komplette französische Sätze und komplette Sätze von Einzelwerten u. Memelgebiet (deutsche Marken) kauft Bruno Hoffmann, Hendekweg.

Suche Memel-Marken!

Wer im Tausch für 100 gebrauchte und ungebrauchte Memelmarken in bester Erhaltung 500 gebrauchte und ungebrauchte Marken der Fischpostmarken. Nur tabellose Stücke. Keine falsche Erfindung. Referenz: Jede deutsche Briefmarkenzeitung.

F. Leitberger, Teplitz-Schnau, Böhemia.

Portwein- u. Rotweinflaschen

Emil Waldheim.

Vertreter gesucht.

Eine erste, gut eingeführte Spinnerei und Strickerei sucht kapitalkräftigen Vertreter für Strickgarn- und Strümpfe mit Kommissions-Lager für Memelgebiet und Randstaaten. Offerten unter Kgst. A. 9220 befördert Rudolf Mosse, Berlin C., Königstraße 66.

Zigarettenfabrik

Memeler Kaufmann beabsichtigt die Gründung einer Zigarettenfabrik. Interessenten, die sich mit Kapital und tätig beteiligen würden, werden um ihre Adresse unter 200 an die Expedition dieses Blattes gebeten.

Jüngerer Buchhalter,

selbständig arbeitend, mehrjährige praktische Erfahrung in Buchführung, Korrespondenz, Kassawesen u. anderen Kontorarbeiten.

sucht Stellung.

Gest. Offerten unter 194 an die Expedition d. Bl. erbeten.

Tüchtigen Verkäufers

stellt ein E. Waldheim, Kaffee-Groß-Rösteri.

einen Lehrling

mit guten Schulkenntnissen. Offerten unter Nr. 19 an die Exped. d. Bl.

Lehrling

mit guter Schulbildung für größeres Kontor zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten unter Nr. 154 an die Exped. dieses Blattes.

Perfekte Buchhalterin,

vertraut mit Kassawesen, für größeres Kontor von sofort gesucht. Offerten unter Nr. 153 an die Exped. d. Blattes.

Wir suchen zu sofort oder später eine perfekte

Stenotypistin.

Gehalt nach Leistung. Gebr. Heye, Tel. 677. Löbferstraße 16.

Im Hause des Senators

Roman von Georg Peteresen-Rusum

14. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

IX.

Das Leben ging seinen alten gewohnten Gang. Rudolf Lüders war wieder da, das Geschäft ruhte wieder, und jetzt ganz anschießlich, in seinen Händen. Und das bedeutete ferner, daß die Öffentlichkeit sich wieder für kurze Zeit sehr eingehend mit dem alten Hause am Markt beschäftigte. Aber dessen Bewohner bekümmerten sich nicht um das Gerede, es erreichte ja auch kaum ihre Ohren, nur mehr oder weniger diskrete Fragen der nächsten Bekannten ließen darauf schließen, daß die Familie Lüders sich im Brennpunkte des öffentlichen Interesses befand.

Der Senator ging wohl noch wie früher jeden Morgen in sein Kontor, und dann stellte sich auch sein Sohn ein, der ihm über die laufenden Geschäfte Bericht erstattete. Fragte der Jüngere dann wohl: „Ist es dir so recht, wenn ich es so mache, Vater?“ dann folgte mit unfehlbarer Sicherheit die Antwort: „Nach' es nur, wie du willst.“ Und dann ging er vor die Haustür und spähte nach seinem Enkel aus, der Öftern in die Schule gekommen war. Tauchte der Knirps dann auf, entweder allein oder in Gesellschaft anderer ABC-Schützen, dann winkte der Großvater ihm schon von weitem zu. Und oben empfing beide die junge Mutter. Sie pflegte dann schon auf der obersten Stufe der Treppe zu stehen und lächelnd auf das Gerede zu hören, das der Senator mit dem Kleinen anstellte. Und es zeigte sich sogar, daß jener noch lachen konnte.

Zwischen den Geschwistern stand etwas Fremdes, das auch die Öffentlichkeit in dem Verkehre nicht verdrängen konnte. Beide waren sich nicht klar darüber, was es eigentlich war; aber an der Tatsache kamen sie nicht vorbei. Rudolf hatte auch nicht mehr die überlegene Ruhe wie früher, seine entwaffnende Sicherheit; es war, als wäre sie ihm in diesen Jahren völlig abhanden gekommen.

Darüber dachte die junge Frau häufig nach. Sollte Rudolf doch versucht haben, sich Agnes Willrath zu nähern? Aber nein, das hätte die Freundin ihr gewiß geschrieben. Ob er sie denn wohl liebe? Sie war geneigt, es zu glauben. Man dürfte ja nichts überhören, dennoch konnte der rastlos arbeitende Geist nicht von dem Wunsche loskommen, auf den Grundstein des neugeschaffenen Familienglücks weitere zu legen. Bei einem Beieinandersein zu zweien wagte sie den ersten Versuch. „Ich alleine, Vater wird nicht mehr lange leben, Rudolf!“

„Aber, Gretchen! . . .“

„Ja, das glaube ich. Er kommt mir zu verfallen vor.“

„Aber, Tante Emma versicherte mir vor einigen Tagen, daß Vaters Aussehen sich bessere, in meiner langen Abwesenheit hätte er viel schlechter ausgesehen.“

„Das stimmt wohl“, gab sie zögernd zu. „Trotzdem gefällt er mir nicht. Deine Rückkehr hat ihn hochgebracht, das will ich nicht bestreiten, aber es kommt mir wie ein letztes Ausflammen seiner Lebensgeister vor.“

Nach kurzem, bedrücktem Schweigen fuhr sie vorsichtig fort:

„Ich müßte, wie man sein Leben verlängern könnte.“

Der Bruder blickte sie fragend an. Da redete sie ganz frei.

„Verheirate dich noch zu Vaters Lebzeiten, Rudolf.“

Er war nicht imstande, eine Antwort zu geben.

„Wenn Vater die Gewißheit hätte, daß sein Name fortgepflanzt würde, könnte er noch lange leben, jedenfalls würde er ruhig sterben können. Und nun frage ich dich eins, Rudolf: Liebst du Agnes noch?“

Da sprang er auf.

„Gretchen!“ rief er, dunkelrot im Gesicht.

„Also ja, du liebst sie noch. Du kannst es mir ruhig gestehen, es ist jetzt keine Schande mehr für dich — und auch für Agnes nicht.“

„Und siehst du,“ fuhr sie eifrig fort, „es könnte ja noch alles gut werden, wenn auch Agnes so viel für dich empfände, daß sie deine Frau werden könnte.“

Was ihr in monatelangem Nachdenken gelaufen geworden war, konnte der Bruder noch nicht fassen. Er blickte auf das junge, nicht mehr so schmale Gesicht, als habe er eine beseligende Musik gehört. Die Schwester wuchs schier, er kam sich klein und unbedeutend neben ihr vor. Er ahnte dunkel, was diese Veränderung in ihr hervorgerufen hatte. Im Blick des Hauses hatte sie sich nicht entfalten können, erst das Unglück hatte sie groß gemacht. Das hatte Kräfte in ihr geweckt, die denen eines schaffenden Mannes um nichts nachstanden.

„Nun, Rudolf, was hast du mir darauf zu sagen?“

„Deine Vermutung trägt nicht, Gretchen,“ sagte er endlich mit abgemantem Gesicht. „Ja, ich habe Agnes Willrath nicht vergessen.“

„Nicht vergessen ist hier wohl gleichbedeutend mit: ich liebe sie noch,“ erwiderte sie lächelnd. „Mit diesem Geständnis bin ich zufrieden.“

„Aber, Agnes!“ rief er fast bekürrt. „Weißt du denn, wie sie darüber denkt?“

„Nein, Rudolf, das weiß ich nicht. Ich will ja auch nicht versuchen, auf sie einzuwirken, der bloße Gedanke wäre schon peinlich, ja direkt lächerlich; aber wenn Rudolf, wenn auch sie dich noch nicht ver-

gessen hat, dann erachte ich es als meine Pflicht, etwas zu unternehmen.“

Es wäre ja so naheliegend, daß du als Mann den ersten Schritt machtest, aber das geht hier eben nicht. Agnes würde dich unfehlbar zurückweisen — mit Rücksicht auf Vater; und Vater selbst? Wir wollen doch die alte Wunde in ihm nicht wieder aufreißen! Du müßtest ihm sagen, was du vorhast, und das würde zu neuen Verwundungen und Krisen führen. Blicke noch eine Wortzeit, bis zu Vaters Tode. Und darauf wollen wir alle nicht warten, nicht wahr? Und ich will ja auch gerade, daß Vater diese Verbindung noch erlebt.“

„Und du meinst, daß Vater so weit vergessen hätte, daß . . .“

Er sagte es atemlos, mit einem Blick auf die Schwester, als sei sie ein höheres Wesen.

Ein Schatten huschte über ihr Gesicht.

„Wenn auch noch nicht ganz verwunden, dann doch halb.“ —

In der nächsten Zeit — der Vorsommer war eingelebt, die Binde entfaltete ihren Schmuck — hielt Gretchen Lüders sich noch häufiger als sonst in der Nähe ihres Vaters auf; sie war eigentlich immer um ihn. Als sie eines Tages in den Anlagen auf einer Bank saßen und dem Spiele der Kinder zusahen, sagte die Tochter so beiläufig:

„Ich war gestern bei Frau Amtsrichter Fehren.“

„Wie geht es ihr?“ fragte der Senator. „Sie war lange nicht bei uns.“

„Recht gut. Sie will diesen Sommer nach München fahren.“

Er horchte auf.

„Nach München? Was will sie denn da?“

„Ihre Nichte besuchen.“

Der Senator fuhr leicht zusammen und rief dann seinem Enkel etwas zu. Die junge Frau wartete erst die Wirkung ihrer Worte ab, ehe sie fortfuhr:

„Frau Amtsrichter hat mich aufgefordert, sie zu begleiten. Ich habe aber abgelehnt; ich will auf kurze Zeit allein nach München fahren, sobald Frau Fehren zurück ist. Ist es dir recht, Vater?“

Sie musterte sein Gesicht von der Seite.

„Fahre nur,“ sagte er endlich.

Tamit schien diese Angelegenheit abgetan. Aber nach einer langen Pause sagte der Senator:

„Du brauchst mich eigentlich doch nicht zu fragen, ob du verreisen kannst; warum fragst du mich?“

Sie lächelte verhalten; die Worte schienen schon gewirkt zu haben.

„Weil mir an deiner Einwilligung zu dieser Reise gelegen ist,“ entgegnete sie diplomatisch.

(Fortsetzung folgt.)

Neue vernick. Schiffschraube Nr. 28 (75 Mt.) zu verkaufen Neuer Post 81.
 1 P. neue Hartenschiffschraube Nr. 28 zu verkaufen.
 H. Schlösser, Bolangenstr. 28.
 1 hochtragend. Schaf in Wolle zu verkaufen.
 Friederich, Reuhof.

Achtung!
 Einen 7 Monate alten deutschen Schäferhund, der sich als Wächter, Begleiter und Postbote eignet, und einen sehr dressierten Jagdhund verkauft.
 Joh. Grasz, Schillingen bei Wittfen.
 Anderer Unternehmungen halber verkaufe ich mein 35 Morgen großes Grundstück mit tot. und leb. Inventar, Ref. Martin Gallowitz, Darobden bei Wittfen.

Al. Stadtgrundstück
 mit Garten zu kaufen gesucht. Angeb. mit Angabe der Lage unter No. 191 an die Exp. d. Bl.

Kleines Haus
 mit Anzahlung 8-10000 Mt. zu kaufen gesucht. Off. mit ausführlicher Angabe unter 195 an die Exp. d. Bl.

2 Beamte,
 27 u. 35 J., w. die Bekanntheit zweier hässlicher junger Damen zwecks späterer Heirat.
 Ernstgem. Off. mit Bild unter 199 an die Exp. d. Bl.

Perfekte Stenotypistin
 für größeres Kontor von sofort gesucht. Offerten unt. 790 an die Exp. dieses Blattes.

Stenotypistin,
 mit reifer Kraft, bei hohem Gehalt gesucht. Offerten unter No. 192 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Eine tüchtige, gewandte Kassiererin
 von sofort gesucht.
 Franz Naujokat, Drogerhandlung, Marktstraße 2.

Stubenmädchen
 von sofort gesucht. Meldung bei
 Mellnitz & Matthiessen, Fischerstraße 8.

1-2 Zimmer,
 für Bürozwecke geeignet, werden im Zentrum der Stadt gesucht. Offerten unt. 198 an die Exp. d. Blattes.

Möbliertes Zimmer
 von jungem Beamten von sofort gesucht. Offerten unter No. 188 an die Expedition dieses Blattes.

2 möblierte Zimmer
 mit Küche bezw. Küchenbenutzung per Februar im Mittelpunkt der Stadt. Offert. unt. 152 an die Exp. d. Blattes.

Einen größeren Laden,
 möglichst in der Hauptstraße, von gleich oder später zu mieten gesucht. Off. u. 157 a. d. Exp. d. Bl.

Ernstgemeint.
 Gebild. Handwerker, Deutscher, 37 J., Freidenker, sehr jüdenfeindlich, wünscht Bekanntheit einer jüdischen Dame zwecks Heirat, etwas Vermögen erwünscht. Offert. u. 196 an die Exp. d. Bl.

Verloren
 Diensttag abend 8. Bolangen bis Fischerstraße
 ein silb. Kettchen mit Bernsteinanhänger. Gegen Belohnung bitte abzugeben bei Gewildies, Fischerstraße 6/6.

Verloren
 eine lederne Brieftasche mit Vertapieren u. Militärpaß lautend Max Krips. Abzugeben geg. hohe Belohnung.
 Krips, Quellstraße 6.

Verloren
 ein Silber-Schnallen Leder-Schuh
 Bitte abzug. Schwanenstr. 10.
 10000 Mt. Müdelgeld zu vergeben. Zu erfragen in der Exped. dieses Blattes.

50000 Mt.
 zur sich. 2. Hypothek auf hies. Geschäfts- u. Mietsgrundstück gesucht. Offert. unter 201 an die Exp. dieses Blatt.

50000 Mk.
 werden zur ersten Stelle auf Stadtgrundstück gesucht. Selbstgeber-Off. unter 178 an die Exp. d. Bl. erb.

Gold- und Silbermünzen
 kauft
 H. Segall, Hohe Str. 19.

Wer will Briefmarken tauschen?
 Bitte Anm. u. Sign. Tausch an S. Gummius, Annoncenbureau, Stockholm (Schwed.)

Suche
 komplette Säge Memel-Briefmarken
 sämtlicher Ausgaben gegen bar oder Tausch.
 Dr. Keiser, Heilbrunn a. R. Bürg. Allee 30.

Memelmarten
 stets zu kaufen gesucht. Angebote m. Preis an H. Ohrt, Liebenau i. Hannover.
 Gut erhaltene Nähmaschine
 zu kaufen
 Karallus, Druckerei, Lituanien, Große Sandstr. 13.

Piano oder Flügel
 zu mieten oder kaufen gesucht. Off. Offerten m. Preisang. u. 193 an die Exp. d. Bl.

An- u. Verkauf von getz. Bild- und Militärleibern, Böden, Schuben, Stiefeln, Fahrdräten, Uhren, Ringen. Schuhe werden prompt und preiswert befohlen.
 K. Schulz, Luisenstr. 8.

Chaiselongue
 zu kaufen gesucht. Angebote Städt. Schauspielhaus Memel.

Dezimalwaage, Tafelwaage
 kauft
 Pohl, Simon-Dach-Str. 9.
 Von sofort eine gute Milchziege
 zu kaufen gesucht. Angeb. zu richten beim Portier Fischerstraße 11.

Verheirateter Maschinenhändler
 tätig i. Fach f. i. f. Stellung. Off. unt. 187 a. d. Exp. d. Bl.

Hausmann,
 der mit Pferden umzugehen versteht, stellt ein
 L. Buddrick & Co.

Alten Mann
 zum Viehfüttern braucht
 Bertuleit, Lanfutt, Post- und Bahnhofsstr. 11.
 Junges Mädchen
 sucht Stelle im H. Haushalt. Zu erst. in der Exp. d. Bl.

Zuerl. Mädchen oder Frau
 für kleinen Haushalt mit 1 Kind von sofort gesucht. Meld. 10-12 Uhr Turmplat. 1.

Fräulein
 sucht Stelle im Restaurant. Bietet auf eigene Rechnung. Zu erst. Kohlschlagstr. 13. bei Blumm.

Jüngeres Mädchen
 aus besserer Familie, bewandert in Stenographie u. Schreibmaschine, sucht Beschäftigung als Stütze der Hausfrau bei Portier, Bahnbeamten, Rentier oder Amtsbediensteter auf dem Lande. Offerten unter No. 185 an die Expedition dieses Blattes.
 Suche Stelle bei allein. stehendem Ehepaar als
Stütze.
 Off. u. No. 186 a. d. Exp. d. Bl.

Mädchen oder Stütze,
 welches kochen und waschen kann. (Zwei-Mädchen vorhanden) sucht
 Frau Liphardt, Holzstr. 11.
 Tüchtige
Waldfrauen
 können sich melden
 Victoria-Hotel.

1 Reinmachefrau
 für den Vormittag braucht
 Frau L. Gutowski, Holzstr. 9.
Dienstmädchen,
 das auch etwas kochen kann, von sofort gesucht
 Frau Bock, Bolangenstr. 11.

Ein Dienstmädchen
 kann vom 15. 1. evtl. 1. 2. eintreten
 Fischerstr. 7.
Wer vermietet
 möbl. oder unmöbl. Zimmer m. Küche od. Küchenbenutzung. Off. unt. 183 a. d. Exp. d. Bl.

Stimmen
 für durchziehende Stimmorgel zu haben bei
 Peddags, Holzstr. 21. auf Privat-Wohnung. Abends 8-10 Uhr.

Bekanntmachung
 In das Genossenschaftsgüterregister ist heute eingetragen die Genossenschaft Nauda, genossenschaftlich beschränkter Geschäftsbetrieb. Sitz: Präfekt. Statu. 16. Nov. / 8. Dezember. Gegenstand des Unternehmens:
 1. Abzug Landwirtsch. Erzeugnisse auf gemeinnützige Rechnung.
 2. Gemeinnützige Ausübung von Wirtschaften.

Bekanntmachungen
 durch die Zeitung Lietuwu Balsas in A unter der Firma der Genossenschaft mit Versicherung Namen zweier Vorstände glieder.
 Willens-Änderungen d. Standes erfolgen durch dessen drei Mitglieder. Zeichnung gezeichnet, zwei Mitglieder zur der Genossenschaft mit Ruf „der Vorstand“ Namensunterschrift des Die Statuten des 1000 Mark.
 Die Beteiligung des nassen auf mehrere — zwanzig — Geschäftsauf ist gestattet.
 Vorstandmitglieder: Jurgis Naujoks, Kaoben, Korat, Satanas, Michol aye, Srengna.
 Die Einleitung in die der Genossenschaft ist während Dienststunden des Genossenschafts.
 Präfekt, d. 15. Dezember. Das Amtsgericht. Abt. I.

Anordnung

zum Schutze der Mieter und gegen Wohnungsmangel.
 Mit der auf Grund der Verordnung Nr. A 177 vom 15. Dezember 1920 und Nr. A 188 vom 20. Dezember 1920 erfolgten Genehmigung des Landesdirektoriums wird für den Stadtkreis Memel folgende Anordnung erlassen:

I. Kündigungs Vorschriften

§ 1.
 Die Vermieter von Wohn- und Geschäftsräumen, Büros, Läden und Werkstätten können ein Mietverhältnis nur mit Genehmigung des Miets-Einigungsamts kündigen. Die Genehmigung gilt als Kündigung.

§ 2.
 Ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis gilt als auf unbestimmte Zeit verlängert, wenn der Vermieter nicht unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist die Zustimmung des Miets-Einigungsamts zu der Beendigung des Mietvertrages erwirkt hat.

§ 3.
 Bei Wohnräumen ist vor der Erstellung der Kündigungsgenehmigung beim der Erstellung der Zustimmung zur Beendigung eines Mietvertrages und der Beurteilung zur Räumung des Wohnungsamts zu hören. Spricht sich das Wohnungsamt gegen die Erstellung der Kündigungsgenehmigung bzw. Räumungsbewilligung aus, so ist es im Hauptverhandlungstermine als Partei zu laden.

§ 4.
 Die Vollstreckung des Räumungsbereichs ist nur mit Zustimmung des Wohnungsamts zulässig. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, solange ein anderes, den Verhältnissen genügendes Unterkommen nicht verfügbar ist.

II. Bewirtschaftung freierwerbender Wohnungen durch das städtische Wohnungsamt

§ 5.
 Ueber jede unmobilierte und möblierte Wohnung sowie auch einzelne Wohnräume ist innerhalb 3 Tagen nach der Kündigung oder sobald es feststeht, daß die Wohnräume aus einem sonstigen Grunde von dem bisherigen Inhaber verlassen werden, oder neu zur Vermietung gestellt werden, von dem Verfügungsberechtigten dem Wohnungsamt Anzeige zu machen. Die Anzeige muß enthalten: Name und Wohnung des Verfügungsberechtigten und des zeitlichen Inhabers, Straße, Hausnummer, Stockwerk, Zahl der Zimmer und anderen Räume, Mietpreis und Zeitpunkt des Freierwerdens.
 Die Anzeige gilt erst dann erachtet, wenn sie wahrheitsgemäß und vollständig dem Wohnungsamt vorliegt.

§ 6.
 Ueber alle freierwerbenden oder neu zur Vermietung gestellten Wohnräume hat das Wohnungsamt das ausschließliche Verfügungsrecht zur Vergebung an Wohnungsuchende oder zur Verwendung für öffentliche Zwecke. Das Wohnungsamt muß jedoch binnen einer Woche nach der gemäß § 5 erlassenen Anzeige erklären, ob es dieses Recht in Anspruch nehmen will. Erfolgt eine solche Erklärung nicht, so hat der Verfügungsberechtigte freie Hand.

III. Inanspruchnahme benutzter Wohnungen

§ 7.
 1. Benutzte, im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergroße Wohnungen, auch Dienstwohnungen, können hinsichtlich der für diese erforderlichen Teile, wenn sie ohne erhebliche bauliche Veränderungen als räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnungen abgetrennt werden können — insbesondere die Herstellung einer besonderen Küche möglich ist — zur Unterbringung Wohnungsloser durch das Wohnungsamt in Anspruch genommen werden.
 2. Zur Unterbringung Wohnungsloser, die keinen selbständigen Haushalt führen, können benutzte im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergroße Wohnungen hinsichtlich einzelner für diese entbehrlicher und für eine Abgabe passend gelegener Räume auch dann in Anspruch genommen werden, wenn eine bauliche und völlige wirtschaftliche Abtrennung nicht möglich ist.
 3. Die Stadtgemeinde übernimmt die fraglichen Räume als Mieter. Sie ist berechtigt, auf ihre Kosten in ihnen bauliche Veränderungen und Einrichtungen vorzunehmen und die Räume weiter zu vermieten.
 Kommt ein Mietvertrag zwischen dem Magistrat, dem Wohnungs-inhaber und Grundstückseigentümer nicht zustande, so entscheidet das Miets-Einigungsamt und legt die Mietverträge fest.

IV. Inanspruchnahme von Fabriken, Ladens, Werkstätten, Dienst-, Geschäfts- oder sonstigen Räumen

§ 8.
 Auf Anfordern des Wohnungsamts hat der Verfügungsberechtigte der Stadtgemeinde unbenutzte und benutzte Fabriken, Lager-, Werkstätten, Dienst-, Geschäfts- oder sonstige Räume zur Vergebung und Vergebung als Wohnräume gegen Vergütung zu überlassen.
 Solche gewerblichen Zwecken dienenden Räume, welche
 1. bis zum 1. Juli 1914 als Wohnräume benutzt wurden oder hierfür bestimmt waren, oder
 2. aus nach dem 1. Juli 1914 hergestellten Wohnräumen zu gewerblichen Räumen umgewandelt sind

sind auf Verlangen des Wohnungsamts bis zu einem von diesem festzusetzenden Termine ohne Entschädigung wieder zur Wohnzwecke zur Verfügung zu stellen. Etwa bestehende Mietverträge gelten mit diesem Termin als aufgelöst. Es ist ein neuer Mietvertrag mit der Stadtgemeinde zu schließen. Sind bauliche Veränderungen nicht erforderlich, so kann das Wohnungsamt die Räume auch unmittelbar einem Wohnungsuchenden zuweisen, mit dem der Verfügungsberechtigte einen Mietvertrag zu schließen hat.
 Kommt zwischen dem Verfügungsberechtigten und der Stadtgemeinde ein Mietvertrag nicht zustande, erfolgt Regelung durch das Miets-Einigungsamt.

V. Anzeigepflicht für unbenutzte Räume

§ 9.
 Der Verfügungsberechtigte hat dem Wohnungsamt unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Geschäfts- oder sonstige Räume unbenutzt sind. Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leer stehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann oder wenn der Verfügungsberechtigte keinen Wohnsitz dauernd oder zeitweise in das Ausland verlegt hat.

§ 10.
 Als unbenutzt gilt auch eine eingerichtete Wohnung, die von dem Verfügungsberechtigten deshalb nicht dauernd benutzt wird, weil er innerhalb oder außerhalb des Gemeindebezirks noch eine andere Wohnung, nämlich seine Hauptwohnung besitzt. Jedem, der mehrere Wohnungen besitzt, hat hiervon unverzüglich dem Wohnungsamt Anzeige zu erstatten.

VI. Zuweisung von Mietern

§ 11.
 Für die vom Wohnungsamt für Wohnzwecke oder zu einem öffentlichen Zwecke in Anspruch genommenen Räume erfolgt die Zuweisung von Mietern durch das Wohnungsamt. Dieses hat das ausschließliche Verfügungsrecht. Die Hausbesitzer oder sonstigen Verfügungsberechtigten sind verpflichtet, mit dem zugewiesenen Mieter binnen einer Woche nach der endgültigen Zuweisung einen Mietvertrag abzuschließen.

§ 12.
 Die Hausbesitzer oder sonstigen Verfügungsberechtigten können, wenn ein unverhältnismäßiger Nachteil zu befürchten ist, die Einsetzung der Stadtgemeinde Memel als Mieter verlangen.

VII. Festsetzung von Mietverträgen durch das Miets-Einigungsamt

§ 13.
 Kommt binnen einer Woche nach der endgültigen Zuweisung ein Mietvertrag nicht zustande, so wird ein solcher auf Antrag des Wohnungsamts vom Miets-Einigungsamt festgelegt.

VIII. Anzeige der Mietverträge und deren Beanstandung

§ 14.
 Jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohn- und Geschäftsräume, Büros, Läden und Werkstätten sowie jede Erhöhung eines Mietzinses ist von dem Vermieter dem Wohnungsamt binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages anzuzeigen.
 Die Anzeige muß die nachfolgenden Angaben enthalten:

- Grundstück: Straße Nr.
 - Eigentümer:
 - Vermieter:
 - Mieter:
- (Name) (Stand)
- Anzahl und Größe der Räume und Lage derselben (z. B. Erdgeschoss, 1 Treppe, 2 Treppen usw.).
 - Wohnräume:
 - Zimmer mit zu Desen — möbliert — unmöbliert —
 - nicht heizbare Bekammern
 - Küche oder zur Küchenmitbenutzung
 - Dienstbotenküche
 - Stube für Geschäfts- und Gewerbepersonal,
 - Geschäfts- und gewerbliche Räume:
 - Kontor- und Büroräume
 - Ladenräume qm groß
 - Lagerraum qm groß
 - heizbare Werkstätte
 - nicht heizb.
 - sonstige Räume:
 - Garten, Gartenanteil ca. qm groß.
 - Personenbestand:
 - erm. m. Familienmitglieder
 - erm. m.
 - Kinder (unter 14 Jahre)
 - m. Geschäftspersonal
 - m.
 - m. Diensthofen
 - m.
 - m. andere Personen (Beiwohner, Pensionäre)
 - m.
 - Miete vom ab Mt. monatlich, jährlich, außerdem Mt. für Nebenleistungen und zwar für (z. B. Heizung, Beleuchtung, Bedienung, Morgenkaffee usw.)
 - Bisherige Miete Mt. monatlich, jährlich Mt. für Nebenleistungen und zwar für

9. Besondere Bemerkungen zur Begründung bei höherer Miete (größerungen, völlige Neuinstandsetzung, bauliche Umänderungen):

10. Bisherige Wohnung des Mieters: Straße Nr.

11. Datum des Mietsabschlusses:

12. Unterschrift des Vermieters und des Mieters.
 Die Anzeige muß vollständig und wahrheitsgemäß sein.

§ 15.
 Uebersteigt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für die Räume, Läden oder Werkstätten der gemieteten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Vermieters und angemessen ist, so kann sowohl das Wohnungsamt innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige als auch der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Ablauf des Vertrages bei dem Miets-Einigungsamt beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe besetzt wird. Etwasige Nebenleistungen des Mieters gelten als des Mietzinses, ebenso eine für den Nachweis der Mieträume gezahlte Belohnung, soweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zufließt.
 Aus einem Mietvertrage, der dem Wohnungsamt nicht angezeigt, können von dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden.

IX. Veränderungsverbote

§ 16.
 Es ist untersagt, daß ohne vorherige Zustimmung des Wohnungsamts
 a) Gebäude oder Teile von Gebäuden abgebrochen werden,
 b) Wohnräume zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume verwendet werden,
 c) Mehrere Wohnungen zu einer vereinigt werden.

X. Allgemeine Bestimmungen

§ 17.
 Zur Durchführung der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen hat das Wohnungsamt das Recht, durch Beauftragte Verfügungen vornehmen zu lassen und Befestellungen zu treffen. Verfügungsberechtigten sind verpflichtet, die Befestellungen zu halten und die verlangten Auskünfte vollständig und wahrheitsgemäß zu erteilen.

§ 18.
 Gegen die Verfügungen des Wohnungsamts ist binnen 3 Tagen nach Wahl des Betroffenen entweder die Beschwerde an das Landdirektorium oder die Anrufung des Miets-Einigungsamts zulässig. Die Entscheidungen endgültig sind. In den Fällen der §§ 6 und 10 bedarf die Entscheidung des Landesdirektoriums der Genehmigung der obersten Landesbehörde (Präfektur).
 Die Einlegung der Beschwerde und die Anrufung des Miets-Einigungsamts haben aufschiebende Wirkung, jedoch kann abgesehen von den Fällen der §§ 6 und 7 im dringenden Notfalle seitens des Wohnungsamts im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Miets-Einigungsamts die sofortige Durchführung der Verfügung erfolgen.

§ 19.
 Die rechtskräftigen Verfügungen des Wohnungsamts können Wege unmittelbaren polizeilichen Zwanges durchgeföhrt werden.

§ 20.
 Die Entscheidungen des Miets-Einigungsamts sind in allen Fällen endgültig.

XI. Sondervorschriften

§ 21.
 Speicher, Lagerplätze und in öffentlichen Gebäuden eingerichtete Verkaufshände fallen nicht unter die Verordnung.

§ 22.
 Neu hergestellte Wohn- und Geschäftsräume, Büros, Läden und Werkstätten unterliegen weder der öffentlichen Bewirtschaftung, noch den sonstigen Bestimmungen dieser Verordnung, jedoch dürfen Wohnungen nur solche Personen beziehen, welche während eines Jahres ihren Wohnsitz im Stadtkreis Memel haben. Die Wohnungen sind mit Genehmigung des Wohnungsamts zulässig, wenn dem Bezuge neuergestellter Wohnungen in dem Wohnungsamt Anzeige zu machen, welches sich darüber binnen einer Woche zu erklären hat.

XII. Strafen und sonstige Nachteile

§ 23.
 Mit Geldstrafe bis 10000 Mark oder mit Haft wird bestraft, den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt. Die Geldstrafe trifft auch denjenigen, der ohne Genehmigung des Wohnungsamts eine Wohnung bezieht.
 Die Strafen stehen in die Stadtkasse und sind zur Deckung der Aufwendungen für die städtische Wohnungsfürsorge zu verwenden.

XIII. Inkrafttreten

§ 24.
 Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Alle bisherigen den gleichen Gegenstand regelnden Verfügungen sind aufgehoben.

Memel, den 5. Januar 1921.
 Der Magistrat
 Dr. Grabow. Levinsohn.

Deutsch-Litauischer Heimatbund

Mitteilungsblatt für unsere Mitglieder und Freunde.

Preise für Anzeigen:

Anzeigen für den Raum einer Kolon-Spaltzelle Nr. 1,00, Reklamen pro Zeile Nr. 3,00. Bei mindestens zweimaligem Erscheinen einer Anzeige in zwei aufeinanderfolgenden Nummern werden 10% Rabatt vergütet. Bei Aufgabe der Anzeigen für beide Ausgaben (deutsch und litauisch) 50% Aufschlag. — Anzeigen müssen 2 Tage vor Erscheinen des Blattes aufgegeben werden. Geschäftsstelle in Memel, Marktstraße 26. — Telegramm-Adresse: Heimatbund. — Fernsprecher Nr. 680.

Inhalts-Anzeige:

Einladung zur Tagung. — Zum Beginn des Jahres 1921 Die politischen Ziele der „Tautos Taryba“. — Streitlichter. — Preussische Litauer, bildet Eure Sprache. — Die politische Zugehörigkeit. — Aufruf zur Gründung eines Zweigvereins in Königsberg Pr.

Erscheint am Anfang eines jeden Monats

Nr. 1

Freitag, den 7. Januar 1921

2. Jahrgang

Tagung

des geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstandes mit den Vertretern der Ortsgruppen am Freitag, den 21. Januar 1921, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schützenhaus in Memel.

Tagesordnung wird vor Beginn der Tagung bekannt gegeben.

Wir bitten die Vorstände unserer Ortsgruppen, möglichst sofort ihre Delegierten zu bestimmen. Jede Ortsgruppe muß durch mindestens zwei Delegierte vertreten sein. Bei der Wahl der Delegierten bitten wir wie bisher darauf Rücksicht zu nehmen, daß je ein deutsches und ein litauisches Mitglied entsandt wird. Mandate zu der Tagung gehen den Ortsgruppen besonders zu. Vor Beginn der Tagung Mandatsprüfung durch eine von den Delegierten zu wählende Prüfungskommission. Die Teilnehmer aus Richtung Tilsit und Heydekrug treffen um 10^{Uhr} in Memel ein, Rückfahrt 6^{Uhr} abends. Entgegen dem Beschluß — abwechselnd in Memel und Heydekrug die Tagung abzuhalten — mußte auch diesmal Memel wegen der unpassenden Zugverbindung nach Heydekrug gewählt werden. Anträge für die Tagung bitten wir spätestens bis zum 20. Januar einreichen zu wollen, nur in ganz dringenden Fällen bitten wir Anträge während der Tagung einzubringen. Der Bundesvorstand tritt bereits um 1 1/2 Uhr zur Beratung der Tagesordnung zusammen. Memel, den 6. Januar 1921.

Deutsch-Litauischer Heimatbund e. V. Der Vorstand.

Zum Beginn des Jahres 1921

Allgemein verbreitet ist die Sitte, am Schlusse des alten Jahres Rückschau zu halten über die Ereignisse, die es in seinem Verlaufe gebracht hat, und damit gleichsam den Schlüsselschritt zu setzen unter das „Soll und Haben“, d. h. unter Wünschen und Hoffen, Erfüllung und Enttäuschung, und dann mit freudigem Mut und ungebrochener Zuversicht Ausschau zu tun ins neue, kommende Jahr. Für das öffentliche Leben vollziehen diesen Brauch die Tagesschriften und Zeitungen, und auch wir wollen ihm in der ersten Nummer unseres Blattes, das die Jahreszahl 1921 trägt, treu bleiben. Freilich darf niemand dabei eine ausführliche und eingehende Würdigung der Tätigkeit und Entwicklung des Heimatbundes erwarten; dazu findet sich wohl ein andermal Gelegenheit. Hier gilt es nur die Frage zu beantworten: „Was das vergangene Jahr für uns ein verlorenes, oder hat es uns weitergebracht?“ Die Antwort wird keinem schwer fallen, der noch einmal das Geschehen des Jahres 1920 überdenkt.

Unter dem trostlosen, drückenden Bewußtsein, daß wir vom deutschen Vaterlande losgerissen seien, daß wir seinem Schutze nur noch vorübergehend unterständen, verlebten wir den Neujahrstag. Drohend ballte sich das Unheil im Osten von neuem zusammen, genau wie es einen Winter vorher gewesen war. Dann kam der Tag des Abschieds: unsere Schützer verließen uns; fremde Krieger zogen bei uns ein. Wir wollen nicht versuchen, die Gefühle zu schildern, die uns bewegten, so etwas nur erlebt, durchlitten sein. Nur ein winziges Häuflein Bahnbreiter frohlockte. Auch sie versummen bald. — — — Doch die Zeit eilt unerhörtlich weiter, die Ereignisse nahmen ihren Lauf, wenn bis dahin auch gegen unsern Willen, so fortan doch nicht gänzlich unbeeinflusst von uns. Und wenn wir heute die Summe ziehen, so zwingt uns das Ergebnis zwar mit dem Dichter wehmützig bescheiden zu bekennen:

„Wie wenig, ahl hat sich entfaltet,
Dies Wenige, wie klein und farg!“

Aber wir können auch getrosten Herzens bekennen: Unsere schwärzen Besürchungen sind nicht eingetroffen. Die Männer, die als Sachwalter der Hauptmächte uns beherrschten und schützten, haben sich als unparteiisch und gerecht und dem Memelgebiet wohlwollend erwiesen. Die Bevölkerung hat in allen Kreisen und bei den verschiedensten Anlässen ihrem Willen gegen den Anschluß an ein unfertiges und ungefestigtes Staatswesen und für die Erlangung der Selbständigkeit so einheitlich und nachdrücklich Ausdruck gegeben, daß niemand, dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker etwas

gilt, daran achtlos vorübergehen kann. Das scheinen allmählich auch unsere Gegner zu begreifen, wenn auch noch etwas widerwillig. Bald wird unser Heimatland ein Jahr lang verjagt haben, die Grundlagen der Selbständigkeit zu gewinnen, und es ist gelungen, das winzige, gebrechliche Staatsbüchlein durch die Unzahl drohender Klippen hindurch zu steuern. Viel guten Willens, großer Arbeit und unendlicher Geduld hat es dabei auf allen Seiten bedurft. Wir danken allen denen, die dabei geholfen haben, und an die, welche noch großmütig oder mißgünstig abseits stehen, richten wir die Bitte, alle Sonderwünsche und eigenen Lieblingspläne zurückzustellen vor dem einen Gedanken: jede Hand wird gebraucht; es gilt jetzt zunächst das Notwendigste, die Grundlegung zum freien, selbständigen Memelland, ein Ziel, das gleichbedeutend ist mit der Erhaltung und dem Aufstieg der Kultur unserer Heimat.

Was das Jahr 1921 bringt, wissen wir nicht. Eins ist sicher: viel Schweres, vielleicht das Schwerste steht uns noch bevor. Doch dürfen wir nicht verzagen. Die bisherige Entwicklung gibt uns einen Hoffnungsschimmer. Die selbstlose Arbeit der dazu Berufenen hat ihn durch das düstere Gewölk der Ungewißheit ausleuchten lassen. Daß dies aber überhaupt möglich war, ist das Verdienst der Mehrzahl unserer Heimatgenossen, die trotz aller Frärllichkeiten ihrem einmal bekundeten Willen treugeblieben sind, daß dem Memelgebiet, falls die Abtrennung unabänderlich ist, nur das Heil von der völligen Selbständigkeit kommen kann. Der Gedanke, daß die Arbeit im verflochtenen Jahre nicht ganz vergeblich gewesen ist, muß unsern Mitgliebrern und Freunden vorläufig Lohn und Dank genug sein, der muß uns alle begleiten ins neue Jahr, das Jahr der Entscheidung, so hoffen wir. Vor allem aber heißt es, nicht müde werden, sich nicht zermürben lassen durch die Ungewißheit, die drohende Not, sich nicht abziehen lassen durch die in dieser Uebergangszeit unvermeidlichen, so tief bedauerlichen wirtschaftlichen Kämpfe von der einen großen Pflicht: der Treue zur Heimat! In diesem Sinne, Ihr lieben Landsleute aus dem Memelgau, und auch Ihr, Ihr treuen Freunde im alten Vaterland, ein herzliches „Gut auf zum neuen Jahre!“ Der Weiseprosch für unsere bevorstehende Arbeit aber sei das Dichterwort:

„Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken,
Weibisches Bogen,
Menschliches Klagen
Wendet kein Glend,
Macht dich nicht frei,
Allen Gewalten
Zum Trub sich erkalten:
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme
Der Götter herbei.“

Und dazu kommt noch, daß manches dieser „hameltischen Wörter“ und noch viel häufiger ihre sprachliche Behandlung und die Ausdrucksweise unsern Sprachgefühl direkt zuwider ist. Wenn von uns mag wohl das Wort „daznay“ (oft) gefallen? Es erinnert uns immer an „dazyt“ (wachen); da bleiben wir schon lieber bei unserm „lanley“. Wir haben seine Doppelbedeutung („oft“ und „dicht“) bisher nicht verwechselt und werden es auch in Zukunft nicht tun. Oder ist „lau“ vielleicht schöner als unser „lan“ (sich)? Mühte es dann nicht auch heißen „lau“ statt „lauw“ und „lau“ statt „lauw“? Und wenn von uns fann „acaju“ (danken) gefallen? Wenn es (in der lit. Bsp.) heißt: „Für Ihre Stellen acaju“, dann lächeln wir, aber wenn wir lesen: „Gott sei acaju“, dann müdet es uns wie eine Gotteslästerung an. Ich bitte, dies nicht über aufzufassen, aber unser Sprachgefühl empört sich dagegen. Unschwer könnten hier mehr derartige Beispiele angeführt werden, aber das werden viele Leser selbst tun können.

Wenn es aber in den „Mitteilungen der Taryba“ heißt: „Sie müssen sich daran gewöhnen“, so könnte ihnen das häßliche Wort zurückgegeben werden, mit dem der Verfasser dieses Artikels dort bedacht wurde; aber er wird nicht Schmutz mit Schmutz vergelten! Ob wir uns aber wirklich „daran gewöhnen werden müssen“, das wird davon abhängen, ob die preussischen Litauer ihre Sprache zu schützen wissen werden, oder nicht!

Die politische Zugehörigkeit des Memelgebietes in früherer Zeit

Ueber die politische Zugehörigkeit des Memelgebietes in früherer Zeit sind weite Kreise der Bevölkerung völlig im Unklaren. Viele glauben den fanatischen Führern der großlitauischen Bewegung, die behaupten, daß das Memelgebiet altes litauisches Gebiet sei; doch trifft dieses nicht zu. In Wirklichkeit gehörte das Memelland — um das Resultat dieser Untersuchung gleich voraus zu nehmen — ursprünglich zu Kurland und dann zu Preußen, aber niemals zu Litauen. Darüber belehren uns im einzelnen hervorragende Kenner der altpreußischen Geschichte wie: Voigt, Bohmeyer, Sembrich, Toppert und andere, deren Ausführungen sich auf die Urkunden und andere Geschichtsquellen jener Zeit stützen.

Die Memelburg wurde im Jahre 1252 durch den Schwertbrüderorden, einen Zweig des Deutschen Ritterordens, errichtet, der seinen Sitz in Riga hatte; als Erbauer der Burg nennen die Urkunden den Landmeister Andreas von Steiermark und den Bischof Heinrich von Kurland. Neben der Burg erhob sich bald eine Stadt, die man anfangs nach der Herkunft der Mehrzahl der Bewohner „Neu-Dornmund“ benennen und mit Dornmundischem Recht ausstatten wollte. Sie heißt in den Urkunden Memelburg wie die Festung, später Memel und erhielt das litauische Recht. Ihre Erbauung fällt in das Jahr 1254, und somit ist Memel die älteste deutsche Stadt in Ostpreußen gewesen. Die Grenze des Stadtgebietes ging von der Dangelmündung zur Schwellstelle und diese entlang bis Buddelshofen, dann über Tauerlaufen und den Charlottenhofer-See bis Mellneroggen. Dieses Gebiet wurde zur Diözese Kurland geschlagen, welche nach vielen Kämpfen mit den feindlichen Litauern sich von dem Windau-Stause im Norden bis zum Memelstrom, im Süden und östwärts bis Litauen erstreckte; das ganze Mündungsdelta der Memel war kurländisch, von einer genauen Festsetzung der Grenze gegen Osten kann man nicht gut sprechen, da ununterbrochene Kriege über die jeweilige Grenze des Gebietes entfielen und das Hinterland noch ganz aus Wildnis bestand. Doch so viel steht fest, daß die Litauen mehrere Meilen landeinwärts hinter Memel gewohnt haben, das weiß Sembrich an einer großen Zahl von Ortsnamen nach. Die Politik des Ordens war auch darauf gerichtet, eine möglichst breite Verbindungsstraße zwischen der litauischen und der preussischen Provinz zu schaffen, und so schob er durch jahrelange blutige Kämpfe und Belagerungen seine östliche Grenze immer weiter hinaus, sogar um Rowno und Wilna ist gekämpft worden. Das Bistum Kurland wurde zu zwei Dritteln von dem Orden und zu einem Drittel von dem Bischof verwaltet. Im Jahre 1328 wurden nun Burg und Gebiet Memel durch Uebereinkunft von der litauischen Ordensprovinz und somit von Kurland abgetrennt und der Ordensprovinz Preußen zugeteilt, die sich damals sehr weit nördlich erstreckte, bis zum Flusse Dölligen Nar in dessen ganzer Länge über die Summebecke bis zur Mündung in ihrem ganzen Oberlauf. Der Bischof von Kurland hatte jedoch sein Drittel noch behalten; diese Teilung des Besitzes war sehr ungünstig, sie führte nicht nur zu Streitigkeiten zwischen den Besitzern, sondern veranlaßte auch, daß beide Oberherren auf die Erhaltung der Burg wenig Wert setzten, und die ganze Gegend verwilderte unter den Plünderungen des litauischen Volksstammes der Szemaiten. Um diesem Uebel abzuwehren, berebete der Hochmeister Conrad von Wallenrode im Jahre 1393 den Bischof von Kurland, ihm den alleinigen Besitz von Memel abzutreten, und überließ ihm als Entschädigung das Schloß Neuhaujen, östlich von Osterwoth. Dieser Tausch kam zustande, und seitdem ist das Land und die Burg Memel preussisch und nahm an den späteren Schicksalen des Deutschen Ordens in Preußen Anteil.

Die erbitterten Kriege der Litauer und Polen gegen den Orden fanden ein Ende durch die Schlacht bei Tannenberg 1410, wo die Ritter eine schwere Niederlage erlitten. Für die Stadt Memel hatte das schwere Folgen. Denn der Orden mußte im Frieden von Melno 1422 einen Teil des östlich von Memel liegenden Gebietes

Druck von F. W. Siebert in Memel. Herausgeber: Deutsch-Litauischer Heimatbund. Schriftleiter und verantwortlicher Redakteur: G. Schmidt in Memel.

Litauern abtreten, und die Stadt Memel nur den schmalen Streifen an der Seefläche, der den heutigen Kreis Memel ausmacht. Der Küstenstreich zwischen der neuen preussischen Grenze und der Na gehörte fortan zu Szemaiten, in späteren Zeiten zum Gouvernemen Wilna und seit 1819 wieder zu Kurland. Der Deutsche Ritterorden löste sich dann im Jahre 1525 auf, und aus dem Ordenslande wurde ein Herzogtum. Mit Albrecht von Hohenzollern, der in jenem Jahre Herzog von Preußen wurde, begann für Stadt und Kreis Memel die segensreiche Regierung der Hohenzollernfürsten, durch die das Memelland sich in 4 Jahrhunderten zu der heutigen Blüte entwickelt hat. Die Zahl der eingeborenen Preußen und Litauen hatte in den Kämpfen mit den Litauern erheblich abgenommen, bis vor etwa 200 Jahren die letzten ausstarben. Dagegen kamen nun Litauer in unsere Gegend, teils als Kriegsgefangene, teils als Ansiedler für das verödete Land, und dazu Deutsche und Letten. Ihre Nachkommen bevölkern heute das Memelland. So kommt es, daß hier Deutsche, Litauer und Letten, die im Volksmunde auch Litauen genannt werden, dicht beieinander wohnen.

Das sind die politischen Schicksale des Memellandes. Von Kurland aus begann also die Eroberung und Kultivierung unseres Gebietes, und es wurde dann, um es besser zu schützen, an die Deutschordensritter in Preußen abgetreten. Die Szemaiten sind aber immer die Feinde der memelländischen Bewohner gewesen; die Behauptung, sie hätten unser Vändchen jemals besessen, muß demnach als dreiste Geschichtsfälschung zurückgewiesen werden.

Aufruf zur Gründung eines Zweigvereins in Königsberg i. Pr.

Eine ganz besondere Weisheitsfreude haben uns Freunde und frühere Angehörige des Memellandes in Königsberg dadurch gemacht, daß sie beschlossen haben, auch in der Hauptstadt unserer alten Heimatprovinz einen Zweigverein unseres Bundes zu begründen. In einem Aufruf, der „An alle Freunde des Memellandes“ gerichtet ist, heißt es: „Wir Ostpreußen erfüllen eine doppelte Pflicht, wenn wir unsere Brüder nördlich der Memel in ihrem Kampfe um die Erhaltung ihrer politischen Selbständigkeit und deutschen Kultur unterstützen. Zu diesem Zwecke wird beabsichtigt, dem Beispiele Berlins zu folgen und auch hier in Königsberg einen Zweigverein des großen „Deutsch-Litauischen Heimatbundes“, der im Memelland über 40 000 Mitglieder aller Parteinrichtungen zählt, zu gründen.“

Wir wenden uns an alle, die ein Herz haben für die Auslandsdeutschen, vor allem aber an die alten Memeler, die auch fern von ihrer Heimat oder ihrer alten Wirkungsstätte den Zusammenhalt untereinander und mit dem Memellande pflegen wollen, mit der Bitte, ihre Adresse an Herrn Obersekretär Felix Braun, Ehrhöfnerstraße 18, Frau Schriftstellerin Elisabeth Bröner-Höpfner, M. d. N., Lindenstraße 1, Herrn Studienrat Dr. Walter Schulz, S. Fleißstraße 33, oder Herrn Rechtsanwalt Georg Weber, Wallische Gasse 7-9, zu senden.“ — Wir begrüßen das Vorhaben unserer Landsleute aus Wärme und Hoffen, daß sich der neue Zweigverein Königsberg ebenso schön und kräftig entwickeln werde wie unser blühender Zweigverein Berlin. Unsere Freunde und Mitglieder im Memelland aber bitten wir, uns auch ihrerseits alle ihnen bekannten ehemaligen Memelländer, die jetzt ihren Wohnsitz in Königsberg haben, namhaft zu machen, damit der Zweigverein sofort bei der Begründung mit einer stattlichen Anzahl Mitglieder in Erscheinung treten kann. Unser Ziel muß sein, alle Deutschen und Litauer, die hier bei uns einmal Heimatrecht durch Geburt oder Arbeit erworben haben, in dem heiligen Gefühl treuer Heimatliebe zusammenzuschließen, wo immer in der Welt sie jetzt auch zerstreut leben mögen.



Volksversammlungen

in

Kebbern Dienstag, den 11. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthaus.

Wilkieten Dienstag, den 11. Januar, abends 5 Uhr, im Gasthaus „Selbstesler“.

Ruß Sonnabend, den 15. Januar, abends 6 Uhr, im Hotel Loh.

Jonaten Sonntag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus Jonaten.

Pogegen Dienstag, den 25. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Gasthaus Gebauer.

Redner:

Bundessekretär Schmidt, Memel.



In Nr. 6 ihrer „Mitteilungen“ verbreitet sich die Taryba über ihre Entstehung und ihre Ziele. Einiges in diesem Artikel ist für uns recht bemerkenswert. Unter anderem heißt es dort: „Nachdem nun die Abtrennung unseres Gebiets von Deutschland durch den Friedensvertrag von Versailles Tatsache geworden ist, fordert der Europäischen als zweiten Punkt seines Programms aus national-politischen Gründen den Anschluss des Gebiets an Litauen. Doch auch aus wirtschaftlichen Gründen ist ein solcher unbedingt zu verlangen usw.“

Nun, deutlicher kann wohl das Endziel der Bestrebungen der Taryba nicht ausgesprochen werden: zunächst Anschluss, recht engen Anschluss, dann Aufgehen in Litauen. Da hilft alles Beschwören nichts. Und ein Beschwören, wir wollen nicht sagen Irreführen, bleibt es, auch wenn es später heißt: „Indes wissen wir wohl, daß unser Gebiet 500 Jahre hindurch andere Wege der Entwicklung gegangen ist als das Land jenseits der ehemals deutsch-russischen Grenze. Die wirtschaftliche Struktur des Gebiets und materielle Kultur seiner Einwohner ist eine andere, vielfach eine höhere als in Litauen. Die wollen wir uns durchaus erhalten. Außerdem ist die Lage im Osten Litauens noch sehr ungewiss, und wir könnten durch unsern Anschluss an Litauen leicht in den Strudel hineingezogen werden. Deshalb ist es erforderlich, daß wir durch besondere Abmachungen, welche durch die allertieren usw. Mächte garantiert werden, vor Uebergriffen gesichert sind. Deshalb fordern wir als dritten Punkt unseres Programms weitgehendste Selbstverwaltung für unser Gebiet.“

Die Einsicht, welche die Taryba hier bekundet, ist sehr erfreulich. Aus den gleichen Gründen (freilich noch aus einigen mehr) haben wir stets den Anschluss an Litauen bekämpft. Die Taryba jedoch ist vorsichtiger; sie darf ihre Forderung auf Anschluss trotz der gefährlichen Bedenken nicht aufgeben, will sich daher mit „weitgehendster Selbstverwaltung“ begnügen. Ob uns das wohl bewahren könnte vor dem gefährlichen Strudel, in den auch sie nicht hineingezogen werden möchte? Nein; dazu wäre einzig und allein die von uns verlangte und von den Mächten oder dem Völkerbund geschützte völlige Selbstständigkeit in Frage. Außerdem verlangt die Anhänger der Taryba nichts, auch die folgenden Darlegungen des hier besprochenen Artikels nicht, von dem Verdacht, von Anfang an bedingungslos Anschluss an Litauen erstrebt zu haben. Oder sollten sie auch vergessen haben, daß sie früher einmal erklärten, das schließliche Ziel sei die völlige Vereinigung mit Litauen, nur müßte dieses erst eine der unsern gleiche Kulturstufe erreicht haben; solange freilich sollten für unser Gebiet „gewisse Bedingungen“ vorbehalten bleiben. Nun, meine Herren, es handelt sich also nur um ein Früher oder Später; der Wunsch nach vollständigem Anschluß gäbe überall hervor. Denn, als Deutschland die bekannten Wilsonschen Punkte angenommen hatte, nach denen kein Volk ohne seine Zustimmung von einem andern befriedigt werden sollte, da konnte es für den national empfindenden preussischen Litauer, wie schwer es auch mandem mit Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem Kriege angekommen sein mag, nur eine Forderung geben: Kostrennung von Deutschland und Anschluß an den litauischen Staat!

Einverstanden! Nur scheint es ein wenig einseitig, daß nur der „national empfindende preussische Litauer“ (lies Tarybaanhänger) von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker soll Gebrauch machen dürfen. Gleichberechtigung! Will die Taryba das Selbstbestimmungsrecht christlich für das ganze memelländische Volk fordern, so wollen wir ihr gern unsere Unterstützung leisten; ja, wir verpflichten uns, die Volksentscheidung anzuerkennen, wie sie auch ausfallen möge. Doch das ist ja garnicht die Absicht der Taryba-Leute, sondern ihre erste und einzige Lösung war: Los von Deutschland! Hier haben wir wenigstens ein klares Eingeständnis, und die Bevölkerung weiß nun, auf welchen Seiten die Kostrennung erfolgt ist. Jetzt werden sich die Verfechter des „Selbstbestimmungsrechts“ schon hüten, mit der weitaus größten Mehrzahl der Memelländer einstimmig den Volkentscheid zu fordern.

Sie glauben außerdem einen solchen nicht mehr nötig zu haben und behaupten, daß der Versäßer Vertrag Litauen das Gebiet zuspricht. Das stimmt nun zwar nicht so ganz. Denn im eigentlichen Friedensvertrag steht davon kein Wort. Dort heißt es im Abschnitt X, Memel, Artikel 90 ganz kurz: „Deutschland verzichtet zugunsten der allertieren und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete (folgen die Grenzen des heutigen Memelgebiets). Deutschland verpflichtet sich, die von den allertieren und assoziierten Hauptmächten hinsichtlich dieser Gebiete, insbesondere über die Staatsangehörigkeit der Einwohner getroffenen Vorschriften anzuerkennen.“ Im Friedensvertrag selbst ist also mit keiner Silbe von einer Zuteilung an Litauen die Rede.

Die „Antwort“ auf die „Gegenvorschläge“, auf die sich die Ansprache der Großlitauer stützen, versucht lediglich, die deutschen Einwendungen auf Grund des Nationalitätsprinzips zu entkräften. Wenn man den Wortlaut dieser Antwort unbefangen und im Zusammenhang mit den Vorgängen prüft, so kommt man auch hier nur zu dem Ergebnis, daß sich die Hauptmächte hinsichtlich des Memelgebiets vollkommen freie Hand vorbehalten haben. Ihre Vertreter aber, die nun bald ein Jahr lang und heute im Memelgebiet aus eigener Anschauung kennen gelernt haben, werden so gerecht sein, zu betonen, daß die Behauptungen, das „fragliche Gebiet sei immer litauisch gewesen und die Mehrheit der Bevölkerung sei nach Ursprung und Sprache litauisch“, auf falschen Voraussetzungen beruhen. Selbst die Taryba gibt dies zu, wenn sie erklärt: „Wir wissen wohl, daß unser Gebiet 500 Jahre hindurch andere Wege der Entwicklung

und behaupten: der größere Teil des Memelgebiets ist niemals litauisch gewesen; die gegenteilige Behauptung ist eine Geschichtslüge, die nur Nutzen aus dem litauischen Verfall zu ziehen vermag. (Vgl. den folgenden Artikel: „Die politische Zugehörigkeit des Memelgebiets in früherer Zeit.“) Die zweite Behauptung, daß die Mehrheit der Bevölkerung nach Ursprung und Sprache litauisch sei, läßt sich nur schwer von der ersten trennen; sie ist von uns schon so oft bestritten und widerlegt worden, daß sich jedes weitere Wort erübrigt. Volle Klarheit ließe sich nur schaffen, wenn man, wie in den deutsch-litauischen und deutsch-polnischen Gebieten, auch in den deutsch-litauischen eine Volksbefragung vornehmen wollte. Das könnte eine alle ehrlich denkenden Parteien befriedigende und gerechte Lösung sein.

Unserer Meinung nach sind Deutsche und Litauer hier vielfach so eng verbunden, die Familien aus beiden Volksstämmen so miteinander vermischt, daß eine Trennung unmöglich ist. Wir müssen und wollen nebeneinander und miteinander leben wie bisher. Ungerechtigkeiten dürfen nicht vorkommen. Auch wir sind, wie schon das Programm des Heimattums sagt, durchaus für Gleichberechtigung. Aber Gleichberechtigung darf nicht zu über Gleichmacherei führen, die unheilbaren Schaden bringt, besonders wenn sie auf einmal, nur um eines Prinzips willen, vorgenommen wird. Litauischen Heimattums, die nach Vorbildung und Fähigkeit geeignet sind, darf keine Stelle verschlossen werden. Wir sind die letzten, die sie verdrängen wollen. Genau so, wie sie im alltäglichen Leben mit ihren deutschen Heimattumsen Schulter an Schulter stehen, muß dies auch in den höheren und leitenden Stellen möglich sein. Die höheren Schulen in Memel, Gendeburg und Ustis haben ihnen für die Ausbildung ihrer Kinder stets offengestanden. Kein Schüler, keine Schülerin ist hier wegen litauischer Abstammung zurückgesetzt worden; ja, wir gewähren hier selbst den jüdisch-litauischen und -lettischen Kindern von jenseits der alten Grenze weitgehendste Gastfreundschaft. Es ist unverständlich, wie gewisse Leute da von Zurücksetzung sprechen können. Soll etwa auch an den höheren Schulen der wenigen litauischen Kinder wegen der Unterrichtssprache litauisch sein? Das kann doch im Ernst niemand verlangen.

Außerdem ist z. B. am Lehrerseminar litauischer Sprachunterricht pflichtmäßig eingerichtet; und der Erfolg? „Balkas“ flugte neulich, daß nur 8 Schüler die unterste Klasse besuchten. Auch das Memeler Gymnasium hat in früheren Jahren litauischen Unterricht wahrhaft erteilt. Die Kurse mußten ausfallen, weil sich keine Teilnehmer fanden. Die Schuld liegt also wirklich nicht an der „bösen Deutschen“.

Der Weg zur Gleichberechtigung ist frei, er braucht nur beschritten zu werden. Alle aber, die in unserm Gebiet ihn gehen wollen, werden unbeschadet ihrer völkischen Eigenart sich die Vorbildung und Kulturzerziehung aneignen müssen, die unserm Gebiet in fast sieben Jahrhunderten die Geschichte gewiesen hat, und die ist nun einmal von deutscher Art, dagegen hilft kein Litauen, kein Sträuben. Gleiche Leistungen, gleiche Rechte. Jedem mitstrebenenden Volksgenossen reichen wir die Hand zu gemeinsamer Arbeit. Wer aber sofort nach Früchten greifen will, zu deren Gedeihen er nichts beigetragen hat, der schädigt das Volksganze, der findet in uns keine Gegner; denn die Lösung des Heimattumses ist: „Nicht rückwärts, auch nicht stillstehen, sondern vorwärts-aufwärts!“

Streiflichter

Nachdem wir unter diesem Titel unsern Mitgliedern und Freunden die Fehde zwischen der „Taryba“ und den Herren Aufstulaitis und Wannagat in der vorigen Nummer unseres Blattes soweit zur Kenntnis gebracht hatten, als sie bis dahin gegeben war, sind wir verpflichtet, auch die weitere Fortsetzung aus den Nummern 200-202 des „Memeler Dampfboot“ mitzuteilen.

Zunächst eine Erklärung des Herrn Simonaitis mit der Gegenklärung der Herren Aufstulaitis und Wannagat:

Während meiner Mitgliedschaft im Landesdirektorium habe ich von den litauischen Regierung keinerlei Bezüge erhalten und erhalte auch jetzt keine.

Die von Herrn Simonaitis abgegebene Erklärung ist irreführend und entspricht nicht den Tatsachen. Wir behaupten heute aus neuer, daß Herr Simonaitis aus Mitteln der Rownoer Regierung durch die hiesige Taryba noch bis vor kurzem besoldet wurde

Memel, den 10. Dezember 1920.

Aufstulaitis, J. Wannagat.

Außerdem bringt das „Memeler Dampfboot“ folgende Zuschrift der Herren

Inkstulaitis und Wannagat gegen die Taryba:

Die in Ihrem geschätzten Blatt am 9. d. Mts. gegen die von uns aufgestellten Behauptungen und gegen unsere Person zum Abdruck gebrachte Erklärung des Generalsekretärs der Taryba, Herrn Stiklorus, zwingt uns zur gesamten Angelegenheit nochmals Stellung zu nehmen. Es liegt uns dabei durchaus fern, diesen nun einmal von der Taryba aufgewirbelten Staub durch lächerliche Drohungen oder Fronte gegen Personen zu beseitigen, wie es sich die Taryba-Leute zum System gemacht haben, vielmehr wollen wir, da alle trübseligen Anrempelungen und wütenden Drohungen uns in keiner Weise betreffen können, die Streitpunkte so beleuchten, wie sie in der Tat waren und auch heute noch sind. Wenn wir jedoch auch heute in unserer nachstehenden Erklärung uns noch Zurückhaltung auferlegen, so ist dies lediglich aus der litauischen Sache willen.

Beimten der Taryba, das Mitglied des Landesdirektoriums Herr Simonaitis, die Blätter „Balkas“ und „Nytosis“ aus Mitteln der Rownoer Regierung besoldet worden. Voll und ganz zurecht.

Wenn Herr Stiklorus etwas anderes sagt, dann erklären wir die Behauptung des Herrn Stiklorus für eine bewusste Lüge und wissentliche Täuschung der Öffentlichkeit.

2. Bezüglich des „Stenogramms“ des Herrn Swarsz verweisen wir auf die im „Dampfboot“ Nr. 200 abgegebene Erklärung der unterzeichneten vier Herren.

3. Unsere moralische Auffassung ist allerdings eine ganz andere, wie die des Herrn Stiklorus. Wir können uns z. B. nicht mit der politischen Tätigkeit vieler Rownoer Regierungsbeamten einverstanden erklären, die einen offenen Schmuggel, selbst unter Benutzung des diplomatischen Kuriers zu ihrem eigenen Nutzen betreiben haben, die als Mitglieder der berüchtigten litauischen Einfaßgesellschaft „Banga“ den litauischen Staat um viele Millionen betrogen haben, zu deren Mitgliedern litauische Minister, Gefaschte und auch ein Mitglied der Memeler Taryba zählten. Bei Prüfung einer einzigen Rechnung der „Banga“ im Mai 1919 wurde von der Prüfungskommission eine Ueberschuldung des armen litauischen Staates nur um die „kleine“ Summe von 5 Millionen Mark festgestellt. Wir sind in der Lage, weitere unzählige Faktoren von Unterschlagungen und Betrügereien hoher Regierungsbeamten und Offiziere der Rownoer Regierung zu veröffentlichen, meinen jedoch, daß schon Vorstehendes genügt, um zu beweisen, welche ein großer Unterschied zwischen der moralischen Auffassung des Herrn Stiklorus und der unrigen ist. Herr St. kann, obwohl er ebenso wie auch wir die geschädigten Zustände kennt, dennoch mit jenen Herren zusammenarbeiten. Wir können es nicht.

Herr Stiklorus will wissen, woher wir die verlässlichen Mittel zu unserer Agitation bekommen. Wir erklären ihm, daß wir, die wir bis heute keine Agitation betrieben haben, auch keiner Mittel bedürften. Werden wir agitieren, werden wir auch Mittel haben, woher diese dann genommen werden, soll Herr Stiklorus dann s. Z. rechtzeitig erfahren.

Bezüglich des bedingungslosen Anschlusses an Litauen versucht Herr Stiklorus aus neue das Publikum zu täuschen. Die von ihm erwähnte „Kommission“ ist erst nachträglich, nach der vollzogenen Analiiederung unterzeichnet und dann auch nach vorhergegangener demonstrativer Austritt der Herren Wannagat und Swidzias aus dem „Sajimovymas“, ins Leben gerufen und zwar aus den Mitgliedern der Taryba, die für den bedingungslosen Anschluß gekämpft hatten. Auch wurde beschlossen, daß diese „Kommission“ gemeinsam mit der Rownoer Regierung die eventuellen „Bedingungen“ ausarbeite.

Die Taryba hat damals außerdem auf Druck der litauischen Minister Schernas und Wlazimaitis Klimas, die zu diesem Zweck in Memel waren, und kategorisch dokumentarisch die Unterschriften für die bedingungslose Angliederung geordert, — vollzogen. Minister Schernas versuchte noch persönlich in der Wohnung des unterzeichneten Wannagat ihn für den Taryba-Beschluß umzustimmen. Damals erklärte Wannagat dem Schernas, daß er einen solchen Schritt vor seinen Landsleuten nicht verantworten könne, worauf Herr Schernas ihm erwiderte: „Was seid ihr dann für Führer!“

Wie „unabhängig“ von Rowno und „völlig selbstständig“ die „Politik“ des Herrn Stiklorus ist, beweist schon vorstehend erwähnter Vorgang. Bezüglich der weiteren Phrasen und trübseligen Anrempelungen des Herrn St. zu unserer in der Zeitung „Nytosis“ abgedruckten Erklärung, erwidern wir:

Nicht war es allein unsere Initiative, diese Erklärung abzugeben, sondern wir waren s. Zt. von einer Versammlung der einflussreichsten litauischen Führer dazu beauftragt. Wir bedauern mit unsern Namen den gemeinsamen Beschluß der Versammlung, deren Schriftführer Herr Simonaitis war. Die Herren der Taryba haben heimliche Petitionen an die Ententestaaten eingereicht.

Daß Aufstulaitis Führer des Preussisch-Litauischen Regiments, welches später den Namen 1. Selbständiges Bataillon des Infanterie-Bataillon erhielt, war, dürfte selbst dem Herrn Stiklorus schwer fallen, abzuleugnen. S. Zt. war Herr Simonaitis Adjutant des Regiments, und außerdem kann Aufstulaitis das, was er war, dokumentarisch beweisen. Als Aufstulaitis litauischer Ministerialrat war, war Herr Stiklorus noch preussischer Zahlmeister. Mit hochhafter Fronte kann weder er noch seine Freunde vom „Balkas“ und „Nytosis“ die Tatsachen aus der Welt schaffen.

Nicht um Karriere zu machen, haben wir bisher gearbeitet, sondern als überzeugte Litauer zum Wohle unserer Nation, und das nicht verhehlt und heimlich, wie einzelne Herren der Taryba. Wer nun im Erlösen sieht und Karriere machen will, machen die Leser selbst beurteilen.

Der Wunsch nur einiger Tarybaherren ist allerdings, daß wir das Memelgebiet baldigst verlassen, aber den Gefallen können wir ihnen nicht tun. Nicht wir waren diejenigen, welche zuerst die Presse in Anspruch nahmen, um gegen die Taryba zu kämpfen, sondern die Taryba forderte uns als erste durch die Presse heraus. Memel, den 10. Dezember 1920

Aufstulaitis, J. Wannagat.

Das „Memeler Dampfboot“ bringt in Nr. 202 folgende

Schlusserklärung der Taryba

Die in Nummer 200 des „Mem. Dampf.“ veröffentlichte offizielle Rundgebung der Taryba benutzen die Herren Aufstulaitis und

die größtenteils nur die gegen die Taryba und ihre Mitarbeiter erhobenen Anschuldigungen, ohne etwas Neues zur Sache vorzubringen. Es genügt also demgegenüber auf unsere erwähnte Erklärung hinzuweisen, von welcher nicht ein Wort zurückgenommen werden kann.

Politisch enthält ihre Gegenerklärung, wie alle ihre bisherigen Veröffentlichungen, nichts. Und nicht ohne besonderen Grund. Der „Deutsch-Litauische Heimattum“ tritt für die Erhaltung des Deutsch-tums in unserm Gebiet, dessen staatliche Selbstständigkeit und spätere Rückkehr zu Deutschland ein, die Taryba für völlige Gleichberechtigung der litauischen Sprache und des litauischen Volkstums im öffentlichen Leben des Gebiets und dessen litauischen Anschluß an den litauischen Staat mit weitgehendster Selbstverwaltung im Innern. Die Herren Aufstulaitis und Wannagat nebst einem verschwindend kleinen Anhang wollen den imperialistischen Aspirationen der Polen Vorkampfdienste leisten, was aus der zu ihrem Entschluß bekannt gewordenen Rede des letzteren mit aller Deutlichkeit hervorgeht. Dessenfalls dürfen sie das natürlich nicht ansprechen, da es sowohl bei den Litauern, als erst recht auch bei den Deutschen auf härtesten Widerspruch stoßen würde und der Agitation von vornherein jede Aussicht auf Erfolg zerstören würde. Daher gilt es zunächst, die eigenen Ziele klar zu verdeutlichen und die zukünftigen Gegner, die Taryba und die angeblich sie stützende litauische Regierung herunterzureißen. Es ist ganz unglücklich, was sie sich jetzt wieder in dieser Beziehung, besonders gegenüber der letzteren, leisten. Korruption trifft man heute, wo der lange Krieg und seine Folgen allwärts die Moral etwas gelockert hat, selbst in Staaten mit althergebrachtem Beamtenpersonal an. Und im litauischen Staatswesen, das erst ein werdendes ist, wo alles forsagen aus dem nichts zu schaffen ist, wo Beamtenstellen, auch höhere, mit Personen besetzt werden müssen, die ihre Zuverlässigkeit noch nicht erwiesen haben, können erst recht Unregelmäßigkeiten vorkommen und sind auch vorgekommen. Niemand wird das bekämpfen wollen, auch wir nicht. Die Männer der jetzigen Regierung aber, die von einem auf breiterer demokratischer Grundlage gewählten Parlament berufen ist und somit das Vertrauen des gesamten Volkes besitzt, in Putsch und Vogen als gewerbsmäßige Schmuggler, Betrüger und Diebe zu bezeichnen, und damit das ganze litauische Volk mit Not zu bewegen, ist geradezu schamlos. Und das tun — „Abemenge Litauer“, welche „zum Wohle ihrer Nation“ arbeiten!

Wenn die Herren, wie sich jedermann durch Nachblättern in der Zeitung überzeugen kann, den ganzen Zeitungsartikel selbst begonnen haben — zu Neclamezwecken für die eigene Person — und nun wieder mit dreier Stirn behaupten, die Taryba habe als erste die Presse gegen sie in Anspruch genommen, wenn sie immer wieder den Beschluß der Taryba vom Februar d. Js. umfälschen, wenn sie immer wieder die Wichtigkeit der stenographisch aufgenommenen Gedankengänge der Rede des Herrn St. in der bekannten haarstarkenden Art bestreiten, so beweist alles das nur allzu deutlich, wie sehr die beiden Herren die Klarheit und Wahrheit scheuen und durch unbewiesene Behauptungen und persönliche Beschimpfungen eine Atmosphäre schaffen wollen, die für ihr agitatorisches Wirken den geeigneten Nährboden abgeben soll.

Die Taryba muß weitere Auseinandersetzungen mit „Pötkifern“ solcher Art ablehnen.

Namens der Taryba
Stiklorus, Generalsekretär.

Diese Fehde spricht für sich selbst. Wir enthalten uns daher jeder Bemerkung, zumal wir die Erwartung haben, daß unbeschädigt das letzte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen sein kann. Zu den Männern der Regierung muß das Volk Vertrauen haben. Wird einer von ihnen öffentlich beschuldigt, so muß er sich auch öffentlich rechtfertigen. Mit bloßer Erklärung und Gegenerklärung ist nichts getan, da jede Behauptung für sich das Recht der Glaubwürdigkeit in Anspruch nimmt.

Preussische Litauer, hütet eure Sprache

Der Artikel in der letzten Nummer unserer Zeitung war nicht für die Führer der „Tautos Taryba“ bestimmt, die nur immer nach Osten schauen und denen alles als heilig gilt, was nur kamettlicher Herkunft ist, sondern er war für unsere preussischen Litauer bestimmt, die sich ebenfals als Litauer fühlen, wie die Taryba-Leute, trotzdem aber nicht verzichten auf alles, was sie von ihren Vätern ererbt haben, woran sie durch sie gewöhnt worden sind, was ihnen lieb und teuer ist. Und das ist vor allem andere die Sprache unserer Voreltern. Wir wissen freilich, daß uns zur Bezeichnung neuer zeitgemäßer Dinge und Einrichtungen vielfach das rechte Wort fehlt. In solchen Fällen werden wir neuartige zutreffende Wörter dankbar annehmen, auch wenn sie aus „Groß-Litauen“ herkommen. Ebenso wissen wir, daß die Bezeichnung der Sprache von überflüssigen fremden Beimengungen sehr bereinigt und dankenswert ist.

Wegen wir uns aber wehren, das ist dieses, daß die Männer, die bisher mit ihren Fäßen — und wahrscheinlich auch mit dem Magen — noch im preussischen Litauen stehen, mit dem Herzen aber nur noch jenseits der Grenze leben, die Sprache der Egamenen, die wir weder verachten, noch gering schätzen, die uns aber ungewohnt und teilweise kaum oder völlig unverständlich ist, plötzlich wie eine Flut auf uns loslassen, um unsere eigene, gewohnte und von den Vorfahren ererbte Sprache der preussischen Litauer hinwegzuspuhlen. Der „Prufu Aletwiv Balkas“ (Stimme der preussischen Litauer) nennt sich nicht mehr mit Berechtigung so. In Wirklichkeit ist er die Stimme von Egamenen oder meinetwegen Großlitauens Litauern